

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Moringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung gestattet. Abminderung beiderseits 4 Zeilen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 26. März 1930

Der Kurs im Osten.

Deutschnationale Demagogie und ihr Zweck

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Eine aus Deutschnationalen und Volksparteilern bestehende Mehrheit des ostpreussischen Provinziallandtages hat eine Resolution gefasst, die zwar praktisch ohne Bedeutung ist, aber als bedenkliches Symptom gewertet werden muß.

Die Resolution nimmt Bezug auf angebliche "Gelüste" Polens auf Ostpreussen und fordert die Reichsregierung auf, den Panzerkreuzer B zu bauen, die deutsche Marine überhaupt zu entwickeln und einen Gas- und Luftschutz für die ostpreussische Bevölkerung zu schaffen. Vergebens wies der demokratische Oberpräsident Dr. Siehr darauf hin, dass der Provinziallandtag gar nicht befugt sei, derartige allgemein politische Beschlüsse zu fassen. Vergebens brachten die Demokraten einen ironisch gemeinten Zusatzantrag ein, wonach die Mittel für die Durchführung dieses Beschlusses zwecks Vermeidung neuer Steuern aus der in Aussicht gestellten Ostpreussenhilfe zu entnehmen seien. Vergebens stellten die Sozialdemokraten einen klugen Gegenantrag, der bedauert, dass das notleidende ostpreussische Wirtschaftsleben durch die fortwährende Verbreitung unsinniger Gerüchte über polnische Angriffsabsichten noch mehr beeinträchtigt werde, und der der Reichsregierung für ihre Bestrebungen, durch Verträge ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen herzustellen, den Dank ausspricht. Die schwarz-weiss-rote Mehrheit - unter Stimmenthaltung des Zentrums - setzte ihren praktisch sinnlosen, psychologisch aber gefährlichen Antrag durch. Dass die Deutschen Volksparteiler, deren ostpreussischer Spitzenkandidat der Parteiführer Dr. Scholz ist, diesen groben Unfug mitgemacht haben, ist ein besonderer Skandal, zumal die deutsch-polnische Verständigungspolitik von Stresemann eingeleitet wurde und von Curtius durchgeführt wird. Ausserdem muss daran erinnert werden, dass der Beschluss, keine Rate für den Panzerkreuzer B in dem Etat für 1930 einzusetzen, vom Reichskabinett einstimmig gefasst worden ist. Endlich muss man darauf hinweisen, dass die Forderung der Schaffung eines Luft- und Gasschutzes eine Aufforderung zur Verletzung rechtsgültiger Gesetze bedeutet.

Die ostpreussischen Sozialdemokraten haben den Nagel auf den Kopf getroffen, als sie auf die schädigenden wirtschaftlichen Wirkungen solcher nationalistischen Gerüchtemacherei hinwiesen: Wie soll die durch eine unheilvolle Grenzziehung schwer getroffene, vom Reiche abgeschnürte Provinz überhaupt wieder hochkommen, wenn ihre Einwohner dauernd mit Alarmnachrichten über angebliche polnische Eroberungsabsichten verwirrt werden? Welcher Industrielle, Kaufmann oder Landwirt wird mit Zuversicht und Unternehmungslust am Wiederaufbau seiner eigenen Heimat mitarbeiten wollen, wenn er täglich zu hören bekommt, dass der böse polnische Nachbar in sein Land einzudringen beabsichtigt?

Es muss einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, dass diese Propaganda verlogen und frevelhaft ist. Wir sind gewiss nicht geneigt, die Gefahr des polnischen Nationalismus zu unterschätzen. Polens Rüstungsausgaben sind unerhört hoch, gemessen an den übrigen Ausgaben des polnischen Etats. Aber wenn

überhaupt unter Pilsudski eine aggressive Politik festgestellt werden muss, so richtet sie sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen Litauen und gegen Sowjet-Russland. Das Pilsudski-Lager ist im Grunde nicht deutschfeindlich, sondern traditionsmässig russenfeindlich. Deutschfeindlich sind die in erbittertem Kampf gegen Pilsudski stehenden Nationaldemokraten und Christlich-Nationalen unter Führung von Dmowski, Grobski, Trampzyski und Stronski. Es ist richtig, dass diese Rechtsopposition vor allem in den ehemaligen preussischen Provinzen stark ist - eine Folge des Nationalitätenkampfes im königlich-hakati-stischen Preussen. Diese deutschfeindlichen Kreise begründen ihre Haltung vor allem mit der Sorge um die deutschen Wiedereroberungsabsichten.

Wer wollte mit gutem Gewissen leugnen, dass solche Revanchege Gedanken gegen Polen in Deutschland, namentlich im deutschen Osten, vorhanden sind? Kein Mensch kann vom deutschen Volke verlangen, dass es sich freiwillig mit der östlichen Grenzziehung des Versailler Vertrages abfindet und es die Hoffnung aufgibt, dass die Zukunft wenigstens die größten Ungerechtigkeiten und Sinnlosigkeiten dieses Diktates auf friedlichem Wege korrigieren wird. Aber unzweifelhaft geht die deutschnationale Agitation, besonders in Ostdeutschland, darauf hinaus, diese Wiedergutmachung nicht auf friedlichem Wege, sondern mit den Mitteln des Krieges zu erreichen. Das weiss die ganze Welt, das wissen vor allem die Polen, die am nächster Nähe die fast täglichen Äusserungen dieses aggressiven deutschnationalen Chauvinismus vernehmen. Das ist auch der tiefere Grund, weshalb die Rechte einen so erbitterten Widerstand gegen die jüngsten Verträge zwischen Deutschland und Polen, gegen das Liquidationsabkommen und gegen den Handelsvertrag geleistet hat. Die Reaktion weiss, dass der vom Reiche eingeschlagene Weg der Verständigung weitab führt von der Gewaltspolitik, von der ihre blutigen Träume erfüllt sind. Selbst in volksparteilichen und Zentrums-kreisen Ostdeutschlands hat man sich aus national-psychologischen Gründen nicht entschliessen können, diesen Kurs einzuschlagen, eben weil er einen Kurs des Friedens und der Verständigung mit Polen bedeutet.

So ist es eine recht plumpe "Haltet-den-Dieb!"-Taktik, wenn ausgerechnet unter der Führung der ostpreussischen Deutschnationalen über "polnische Ge-lüste" auf Ostpreussen geklagt wird. Mit dieser Methode erreicht man nur, dass die angriffslüsternden Kreise in Polen Zuzug erhalten, weil die deutschnationale Heuchelei drüben allzu deutlich empfunden wird und zur Gegenaktion anspornt.

Die vorgeschlagenen "Abwehrmittel" sind dazu die denkbar ungeeignetsten. Es ist schon aus Anlass der Diskussion über den Panzerkreuzer A nachgewiesen worden, dass mit den 80 Millionen, die für dieses bewaffnete "Verbindungsmittel" zwischen dem Reiche und Ostpreussen ausgegeben werden, man Zehntausende von deutschen Siedlerstellen ins Leben rufen könnte, die einen Wall deutscher Menschen gegen die Polonisierung Ostpreussens bilden würden - jene Polonisierung, der gerade die deutschnationalen Grossgrundbesitzer durch ihre miserable Behandlung der deutschen Landarbeiter, durch ihre planmässige Bevorzugung polnischer Arbeitskräfte Vorschub leisten. Und nun soll, nach dem Rezept dieser Unbelehrbaren gar noch ein zweites, ein drittes, ein viertes 80-Millionen Kriegsschiff in Angriff genommen werden, während die Provinz finanziell Not leidet und das dortige Deutschtum in erschreckendem Masse auswandert ?

Die grosse Mehrheit des deutschen Volkes wird diesen verhängnisvollen und demagogischen Kurs der Rüstungen und der nationalen Hetze nicht mitmachen, sondern den von der Reichsregierung und vom Reichstag beschlossenen Kurs der Verständigung mit Polen weitersteuern, mit dem allein der geprüften deutschen Ostmark wirklich geholfen werden kann.

SPD. Weimar, 26. März (Eig. Drahtb.)

Die thüringische Regierung beabsichtigt, wie in unterrichteten Kreisen ver-
lautet, Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu bestellen, um ihm auf diese
Weise die Möglichkeit zur Erlangung der thüringischen bzw. deutschen Staats-
angehörigkeit zu verschaffen. Hitler will jedoch nicht im thüringischen Staats-
dienst tätig sein, sondern nur seine Ernennungsurkunde in Empfang nehmen und
dann nach München verschwinden.

+ + +
Die Ernennung eines Ausländers zum Staatsbeamten schliesst nach der deut-
schen Gesetzgebung die Naturalisierung in sich. Aber was die thüringische Re-
gierung mit der Anwendung dieser Gesetzgebung auf Hitler bezweckt, läuft auf
eine Schiebung andersgleichen hinaus. Die Ernennung Hitlers ist lediglich als
Formalität gedacht, um die von Bayern abgelehnte Naturalisierung auf Umwegen
durchzusetzen und widerspricht damit in jeder Beziehung dem Sinn der deutschen
Gesetzgebung. In dem Thüringen des Herrn Frick ist jedoch kein Ding und vor-
allem keine Schiebung unmöglich. Man stelle sich vor, dass der klare Sinn
der Gesetzgebung verfälscht werden soll, um einem Putschisten und Hochverräter
die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Das wäre allerdings der Höhe-
punkt dessen was sich das Regime Frick bisher an Missachtung der Gesetzgebung
vor aller Öffentlichkeit geleistet hat.

SPD. Paris, 26. März (Eig. Drahtb.)

Der Senat hat am Mittwoch nach der Erledigung des Kolonialbudgets mit der
Beratung des Kriegsbudgets begonnen. Der Berichterstatter Mathieu suchte zu
beweisen, dass Frankreich, obwohl es sein Kriegsbudget in diesem Jahre wieder
um 250 Millionen Franken erhöht hat, eine aktive Abrüstungspolitik betreibt,
da der Mannschaftsbestand des Heeres gegenüber der Vorkriegszeit um nicht
weniger als 44 Prozent zurückgegangen sei. Er verschwieg allerdings, dass die
Zahl der Berufssoldaten seither um rund 160 000 Mann gewachsen ist.

Der Vorsitzende der Armee-Kommission der Kammer, Lebrun, konnte es sich
nicht versagen, wieder einmal das Märchen von den "400 000 tadellos ausgebil-
deten und ausgerüsteten deutschen Soldaten" aufzutischen, die eine permanente
Gefahr für Lothringen und das Grenzgebiet im Kriegsfall darstellten. Er ver-
langte daher die schleunige Verabschiedung des von der Kammer bereits genehmig-
ten Mobilmachungsgesetzes durch den Senat.

SPD. Die politische Lage hat sich auch am Mittwoch noch nicht geklärt.
Die Verhandlungen der Parteiführer, die den ganzen Nachmittag dauerten, haben
vorerst noch keine Annäherung der Parteien ergeben. Unverändert gross ist vor-
allem der Gegensatz bei der Arbeitslosenversicherung und bei dem Steuersenkungs
programm. Demgegenüber treten die Meinungsverschiedenheiten, die bei den
Steuererhöhungen für das Jahr 1930 bestehen, in den Hintergrund.

Der Vermittlungsvorschlag zur Arbeitslosenversicherung, der in den
Nachtverhandlungen vom Dienstag von Demokraten und Zentrum gemacht wurde, ist
von der Deutschen Volkspartei insoweit abgelehnt worden, als sie nicht bereit
ist, eine Beitragserhöhung über $3\frac{1}{2}$ Proz. hinaus zu billigen. Die Sozialdemo-
krate, die den Vorschlag abgelehnt hatte, weil er die bisherige unbeschränkte
Darlehenspflicht des Reiches in eine beschränkte Zuschusspflicht verwandelt,
hat in den Parteiführerbesprechungen einen neuen Vorschlag gemacht. Er weicht
in drei Punkten von dem Angebot der Mittelparteien ab, und zwar soll einmal
wenn die Zuschüsse des Reiches nicht ausreichen, das Reich den notwendigen
Bedarf durch Darlehen decken. Ferner soll der Vorstand der Reichsanstalt, um
den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern,

lediglich ermächtigt werden, die erforderlichen Massnahmen auf dem Gebiet der Verwaltung zu treffen und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform des Gesetzes unterbreiten. Soweit diese Massnahmen nicht ausreichen, kann der Vorstand die Beiträge auf $3 \frac{3}{4}$ Proz. erhöhen. Schliesslich soll eine Änderung der gesetzlich festgelegten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Von diesen Abänderungsvorschlägen hat die Aufrechterhaltung der unbegrenzten Darlehenspflicht des Reiches die grösste Bedeutung. Sie stösst jedoch im bürgerlichen Lager ebenfalls auf den allergrössten Widerstand, da sämtliche bürgerlichen Regierungsparteien eine Beschränkung der Leistungen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung wünschen. Die einen, wie z.B. die Deutsche Volkspartei, weil sie damit den Zwang zum Abbau der Leistungen ausüben wollen, die anderen, Demokraten und Zentrum, weil sie die Unsicherheit, die dem Reichs-etat durch die Arbeitslosenversicherung droht, zu beseitigen wünschen. Da es nicht gelang, in der allgemeinen Besprechung diese Gegensätze auszuräumen, wurden die sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen zu einer Sonderberatung veranlasst, die am Mittwoch in den Abendstunden stattfand.

Bei der Ausgabensparnis und Steuersenkung traten ebenfalls die bereits in der Nachtsitzung zum Mittwoch vorhandenen Gegensätze hervor. Obwohl unbestritten ist, dass die durch den Fortfall der Schuldentilgung und ähnlicher Posten im Jahre 1931 eintretenden Ersparnisse zur Senkung von Steuern Verwendung finden sollen, bestehen sowohl über die Höhe als auch über die Art dieser Steuersenkung abweichende Meinungen. Die Deutsche Volkspartei verlangt Festlegung von Steuersenkungen in Höhe von 700 Millionen, obwohl die Reichsregierung nur mit einer Ausgabensparnis von 600 Millionen rechnet. Von der Sozialdemokratie wird dagegen geltend gemacht, dass diese Summe überschätzt wird, sodass es gefährlich sei, schon jetzt Steuersenkungen in diesem Ausmass zu beschliessen. Die Deutsche Volkspartei will ausserdem nur eine Senkung von solchen Steuern, die den Besitz entlasten, während die Sozialdemokratie auch die Senkung der Lohnsteuer und der Zuckersteuer, die bereits in dem Dezemberprogramm der Reichsregierung vorgesehen war, festgelegt wissen will.

Am geringsten sind die Meinungsverschiedenheiten über die Steuererhöhungen. Die Mineralwassersteuer findet sehr starken Widerstand, sodass sie voraussichtlich fallen wird. Der Fehlbetrag kann durch die Benzinbesteuerung aufgebracht werden, wenn die innere Ausgleichsabgabe so hoch festgesetzt wird, dass ein Sondergeschenk an die inländischen Erzeuger für Benzin und Benzol vermieden wird. Die Sozialdemokratie besteht ferner darauf, dass die Aufhebung der Lohnsteuererstattungen im Jahre 1931 nicht erfolgt und die übrigen Parteien sich hierauf jetzt bereits festlegen.

Ob es in den weiteren für Donnerstag in Aussicht genommenen Verhandlungen gelingen wird zu einer Verständigung zu kommen und damit die Krise der Regierung und die Gefährdung des parlamentarischen Systems durch die drohende Anwendung des Art.48 zu verhindern, wird in erster Linie davon abhängen, ob die Sozialdemokratie ausreichende Sicherungen für den Bestand der Arbeitslosenversicherung durchsetzen kann. In dieser Frage ist die Deutsche Volkspartei durch ihre bisherige Haltung jedoch auf das stärkste gebunden, sodass es vorerst noch sehr fraglich ist, ob das Ziel der Sozialdemokratie erreicht werden kann und dadurch der Weg frei wird zu einer, wenn auch schwierigen so doch immerhin denkbaren Einigung in den übrigen Finanzfragen.

SPD. Bukarest, 26. März (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf eines Wortwechsels erschoss ein Waffenmeister des hiesigen Flugarsenals einen Kapitän und Unterleutnant aus seinem Dienstrevolver. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In der am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Besprechung der Führer der Regierungsparteien wurden die Verhandlungen über das Finanzprogramm fortgesetzt. Die Besprechungen werden in einer für Donnerstag 10 Uhr anberaumten Sitzung zum Abschluss gebracht werden.

SPD. Warschau, 26. März (Eig. Drahtb.)

Auf einem Bankett der Gesellschaft zur Untersuchung der internationalen Probleme hielt Aussenminister Zaleski eine Rede, die fast ausschliesslich den beiden deutsch-polnischen Verträgen gewidmet war. In Erwiderung auf die Angriffe gegen diese Verträge diesseits und jenseits der Grenze, erklärte er, dass er mit aller Ruhe auf die zukünftige Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen blicke. Vor allen Dingen werde es der Handelsvertrag sein, der zur Bereinigung der deutsch-polnischen Beziehungen beitragen werde.

SPD. New York, 26. März (Eig. Drahtb.)

In dem 4000 Fuss tief liegenden Yu3oncrowe-Kohlenbergwerk bei Arnettsville (Westvirginia) wurden am Dienstag 13 Bergarbeiter durch Gesteinsabstürze von der Aussenwelt abgeschnitten. Die Katastrophe wurde erst viele Stunden nach den Gesteinsabstürzen bemerkt. Eine sofort entsandte Hilfsexpedition konnte zwei Arbeiter noch lebend retten. Von dem Rest wurden zwei Arbeiter getötet aufgefunden, während die übrigen trotz aller Bemühungen bis abends nicht befreit werden konnten. Man glaubt nicht, dass sie noch lebend geborgen werden können.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags erklärte der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth am Mittwoch, dass im Reichskabinett Erwägungen im Gange seien, die voraussichtlich in den nächsten Tagen zu einem positiven Abschluss kommen würden und ein Hilfsprogramm für den Westen wie für den Osten vorsehen. Wenn bereits in den Nachtragsetat für den Westen 10 Millionen Reichsmark eingesetzt worden seien, so dürfe man daraus nicht den Schluss ziehen, dass der Osten zurückgesetzt werden solle. Für den Osten wie für den Westen seien gleiche Beträge von je 22 Millionen Reichsmark vorgesehen. Die für den Osten erhobene Forderung, dass diese Hilfe nicht nur den durch die Grenzziehung betroffenen Gebieten zugutekommen solle sondern dem ganzen Hinterland, gelte in gleicher Masse für den Westen. Der Betrag von 10 Millionen Reichsmark, der im Nachtragsetat für den Westen angefordert sei, würde auf das ganze Hilfsprogramm angerechnet werden.

SPD. Paris, 26. März (Eig. Drahtb.)

Der der Tardieu-Gruppe angehörende Abg. Gignoux, Chefredakteur der "Journée Industrielle" hat am Mittwoch seinen Bericht über den Youngplan an die Mitglieder der Finanzkommission der Kammer verteilt. Der Bericht ist ein umfangreiches historisches Dokument von nicht weniger als 50 Druckseiten, der die ganze Geschichte vom Dawes- zum Young-Plan noch einmal ausführlich behandelt.

Gignoux erklärt, dass der Young-Plan, trotzdem er Frankreichs Anteil an den deutschen Zahlungen um jährlich durchschnittlich 300 Millionen gegenüber dem Dawes-Plan vermindere, vorteilhafter sei, weil er die restlose Verwand-

lung der politischen Reparationsschuld in eine Handelsschuld vollziehe und er die Mobilisierung der ungeschützten deutschen Zahlungen unter voller Garantie des deutschen Kredits ermögliche. Gewiss hätten einige deutsche Politiker vielleicht aus Überzeugung, vielleicht auch nur aus Opportunismus von einer Revision des Youngplanes gesprochen. Aber an eine böswillige Zahlungseinstellung Deutschlands sei kaum zu denken. Denn Deutschland habe in der Inflation seine flüssigen Mittel verzehrt und lebe heute von Krediten. Es sei daher an der Aufrechterhaltung dieses Kredits durch restlose Erfüllung des Youngplanes interessiert. Im übrigen könne man nicht oft genug wiederholen, betont der Berichterstatter weiter, dass die Budgetlage Deutschlands "relativ gesund oder zumindest heilbar" sei, während die Tresorlage "immer wieder durch eine Politik der Sorglosigkeit bedroht" sei und daher Hilfe auf dem Anleihewege erfordere.

Ein besonders ausführliches Kapitel gewährt der Berichterstatter der Internationalen Zahlungsbank, dem "umstrittensten Punkt" des Youngplanes. Er erklärt dazu einleitend, dass, wer die Kommerzialisierung der politischen Reparationsschuld wünsche, auch das Mittel dazu, die Zahlungsbank annehmen müsse. Die Bank besitze eine derartige Fülle von Vollmachten, dass sie, gestützt auf ihre gewaltigen Kapitalmassen vielleicht eine Kredit-Inflation hervorrufe, die Einmischung aussereuropäischen Kapitals in Europa begünstige und die Finanzpolitik der ihr gegenüber aus Mangel an Kontrolle ohnmächtigen Regierungen durchkreuze. Diese Möglichkeiten seien praktisch nicht zu befürchten, denn einmal sei die Bank verpflichtet mit den Zentral-Noteninstituten zusammenzuarbeiten, nur kurzfristige Kredite auszugeben und immer liquide Mittel für die Sicherheit der nächsten Zahlungstermine zu unterhalten. Dafür dürfe sie weder Noten ausgeben, noch sich die Majorität bei irgendwelchen Unternehmen zu sichern suchen. Mit all diesen Einschränkungen sei der Bank jede Möglichkeit genommen, sich als "Superbank" zu betrachten. Denn nirgends könne sie eine Politik weit genug treiben. Vor allem könne sie, da ihr das Akzept-Kreditgeschäft verboten sei, keinen Kredit schaffen, sondern nur Kredit geben. Die wichtigsten Gefahren einer selbständigen Politik der Reparationsbank seien damit beseitigt, doch bestehe natürlich immer noch eine "gewisse Zone der Unsicherheit". Aber schliesslich könne die Bank auch so viel gutes leisten, dass sie schliesslich "als künftiges finanzielles Rückgrat" der europäischen Staatenvereinigung bestehen bleiben könne.

Abschliessend spricht sich der Berichterstatter nochmals für die Ratifizierung des Youngplanes aus. Denn diese Ratifikation sei "sowohl eine nationale wie eine internationale Notwendigkeit".

SPD. Der Regierungspräsident in Düsseldorf wird, wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, als Kommunalaufsichtsinstanz am Donnerstag den Regierungsdirektor beim Oberversicherungsamt in Dortmund, Brysch, zum kommissarischen Oberbürgermeister von Solingen ernennen. Die Ernennung ist zunächst auf 9 Monate befristet und dürfte nach Ablauf dieser Zeit voraussichtlich auf 12 Jahre ausgedehnt werden. Brysch gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Die Einsetzung eines kommissarischen Oberbürgermeisters war notwendig geworden, nachdem die Wahl eines Oberbürgermeisters durch das Solinger Stadtparlament insofern zweimal ergebnislos verlief, als der gewählte Kommunist Weber - wie von vornherein feststand - von der Kommunalaufsichtsbehörde aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bestätigt wurde.

SPD. Warschau, 26. März (Eig. Drahtb.)

Der Staatspräsident hat am Mittwoch den Abgeordneten Jan Pilsudski, den jüngeren Bruder des Marschalls, mit der Kabinettsbildung betraut. Dieser Auftrag scheint auf eine Kampfansage an den Sejm hinauszulaufen.

SPD. London, 26. März (Eig. Drahtb.)

Die amerikanischen Vorschläge, welche die Arbeiten der Flottenkonferenz nach zweiwöchiger Pause wieder in Gang gebracht haben, werden am Donnerstag von den Führern der Delegationen erörtert werden. Wie es scheint, hat Amerika seine Bereitschaft, mit den übrigen vier Konferenzmächten einen sogenannten konsultativen Pakt abzuschliessen, an drei Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen oder Voraussetzungen lauten nach Mitteilungen von unterrichteter Seite:

1. Grossbritannien schliesst mit Frankreich und Italien einen zweiten auf das Mittelmeer zu beschränkenden Pakt ab. Die übrigen am Mittelmeer interessierten Mächte sollen zur Teilnahme eingeladen werden.

2. Frankreich nimmt die durch den konsultativen Fünf-Mächtepakt und den Mittelmeerpakt gewährte Sicherheit zum Anlass einer Herabsetzung seiner Tonnageforderung, sodass gleichzeitig eine Verminderung der amerikanischen und britischen Flottenprogramme auf das von MacDonald und Hoover besprochene Mass erfolgen kann.

3. Man wird versuchen die französisch-italienischen Schwierigkeiten in der Paritätsfrage schnellstens zu beheben.

Die sensationelle Nachricht eines Abendblattes, dass sich das Kabinett in seiner Mittwochsitzung gegen die Stimme Snowdens für einen derartigen Mittelmeerpakt ausgesprochen habe, ist unrichtig. Die Frage ist im Kabinett überhaupt nicht erörtert worden.

Der "Daily Herald" warnt vor einer zu optimistischen Beurteilung der durch den amerikanischen Vorschlag gegebenen Aussichten auf einen glücklichen Ausgang der Konferenz und betont vielsagend, dass es Grenzen gebe, "über die hinaus die britische Regierung Verantwortlichkeiten im Auslande nicht übernehmen kann". Es ist unverkennbar, dass in englischen amtlichen Kreisen starke Zweifel darüber herrschen, ob die zusätzlichen Garantien, die Grossbritannien eventuell zu geben bereit ist, genügen werden, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen zu veranlassen.

SPD. Paris, 26. März (Eig. Drahtb.)

Briand ist am Mittwoch nachmittag nach London gereist.

In dem gleichen Zug befand sich der ägyptische Ministerpräsident Mustapha El Nahas Pascha und die übrigen Mitglieder einer ägyptischen Delegation, die mit dem englischen Kolonialamt über den Abschluss eines definitiven Vertrages zwischen England und Ägypten verhandeln wird.

SPD. Bukarest, 26. März (Eig. Drahtb.)

In Anbetracht der von dem Reichstag beschlossenen Getreidezölle plant die rumänische Regierung den Abbruch der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen und eventuelle "Repressalien gegenüber Deutschland". Die Pläne der rumänischen Regierung werden von amtlicher Seite damit begründet, dass die vom deutschen Reichstag gegen das rumänische Getreide gerichteten Zölle als ausgesprochene Kampfzölle zu betrachten sind.

SPD. London, 26. März (Eig. Drahtb.)

Die kritische Lage, in der sich die britische Wollindustrie seit Wochen befindet, hat sich am Mittwoch weiter verschärft. Die Unternehmer haben nach Ablehnung ihrer Forderungen durch die Arbeiter in einer in Bratford abgehaltenen Versammlung beschlossen, an ihren Forderungen festzuhalten. In sämtlichen Spinnereien wird zu einem der Öffentlichkeit bisher noch vorenthaltenen Zeitpunkt eine entsprechende Mitteilung an die Arbeiterschaft ergehen. Die Forderungen der Unternehmer kommen einer 9 1/4 prozentigen Lohnminderung für Zeitarbeiter und einer 8 3/4 prozentigen Herabsetzung des Lohnes für die Akkordarbeiter gleich. Damit ist die Aussperrung von 200 000 Wollarbeitern in unmittelbare Nähe gerückt.

SPD. Auf eine Anfrage im Preussischen Landtag über die Bezüge der Direktoren der Reichsbank und Reichsbahn hat die preussische Regierung eine Antwort erteilt, in der es u.a. heisst :

"Die preussische Staatsregierung hat auf die Festsetzung der Bezüge der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank und der Reichsbahn sowie deren Verwaltungsrat keinen Einfluss. Nach den Angaben, die das Reichsbankdirektorium über die Bezüge seiner Mitglieder gemacht hat, gehen die in der Anfrage angezogenen Ziffern für die Dienstbezüge des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Reichsbankdirektoriums weit über die tatsächlich gezahlten Beträge hinaus. Eine Zahlung von Abfindungen bei dem Ausscheiden aus dem Dienste erfolgt nicht. Die Tätigkeit des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Reichsbankdirektoriums bei der Golddiskontbank erfolgt ohne jede Vergütung oder irgendeine sonstige Entschädigung. Die Herrichtung der Dienstwohnung des Reichsbankpräsidenten und die Vervollständigung ihrer von jeher im Haushalt vorgesehenen Geräteausstattung nach dem Tode des früheren Stelleninhabers ist nach Auffassung des Reichsbankdirektoriums seinerzeit nach sachlichen Erfordernissen vorgenommen worden. Über die Höhe der Ausgaben hat das Reichsbankdirektorium keine Angaben gemacht.

Das Gesamteinkommen des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft einschliesslich Aufwandsentschädigung beträgt weniger als 100 000 Reichsmark, das der übrigen sieben Vorstandsmitglieder ein Drittel und weniger, als in der Kleinen Anfrage angenommen worden ist (in der Anfrage war von 150 000 Reichsmark die Rede). Die Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder bleiben ebenfalls wesentlich hinter dem vermuteten Betrage zurück, immerhin sind sie höher als es sonst bei staatlichen Gesellschaften ähnlicher Art üblich ist. Da der Verwaltungsrat internationale zusammengesetzt ist, sind die Bezüge in einer Höhe festgesetzt worden, wie sie auch sonst bei internationalen Gesellschaften gezahlt werden.

Sobald die ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrats ausscheiden, ist es angebracht, auch bei der Bemessung der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft die für deutsche Verhältnisse gebotene Sparsamkeit nicht ausser acht zu lassen. Der gleiche Masstab wird auch für die Gehälter der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums und der sogenannten leitenden Beamten der Reichsbahngesellschaft anzulegen sein. In diesem Sinne beabsichtigt sich die preussische Staatsregierung mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen.

SPD. Bukarest, 26. März (Eig. Drahtb.)

In einer in der Nähe der Stadt Braila befindlichen Zementfabrik stürzten am Mittwoch das Dach und eine Mauer ein. Fünf Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben und konnten nur unter schwierigen Umständen mit lebensgefährlichen Verletzungen geborgen werden

SPD. Im Massschneidergewerbe ist der offene Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unvermeidlich geworden. Der Schiedsspruch, der für die Massschneider völlig unerträglich ist, wurde im gesamten Reich von der Arbeiterschaft fast einmütig abgelehnt. Die Arbeitgeber haben ihn angenommen. Ob sie Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragen, steht noch nicht fest. Dass die Massschneider alles aufbieten werden, um eine Verbindlichkeitserklärung zu verhindern, ist selbstverständlich. Da die Vereinbarungen über die Weitergeltung der bestehenden Lohnsätze Ende dieser Woche ablaufen, tritt ab Montag ein tarifloser Zustand ein. Der Kampf dürfte also mit dem Beginn der kommenden Woche bereits an verschiedenen Orten des Reiches einsetzen. -

Auch das Bekleidungs-gewerbe ist von der Arbeitslosigkeit stark heimgesucht. Das ist ein Beweis dafür, dass den Massschneidern der Kampf förmlich aufgezwungen worden ist.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 26. März (Eig. Bericht)

Der Reichstag erledigte am Mittwoch in zweiter und dritter Beratung einen Gesetzentwurf, durch den die Pachtschutzordnung bis zum 30. September 1931 verlängert wird. Es handelt sich um die siebente Verlängerung, da bisher eine Verständigung über ein neues endgültiges Pachtschutzrecht nicht erzielt werden konnte. Allerdings liegt nun ein Pachtschutzgesetz dem Reichsrat vor.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Tempel arbeitete in einer kurzen Rede die Gegensätze auf diesem Rechtsgebiete heraus. Die bürgerliche Rechtsauffassung stützt sich auf den Bodenbesitz. Die sozialistische Auffassung aber will demjenigen erhöhtes Recht gewähren, der den Boden bearbeitet. Solange die jetzige Rechtsunsicherheit besteht, wird die Produktionslust bei den Pächtern gehemmt, weil sie nie wissen, wie lange sie noch diesen Boden bearbeiten dürfen. Der Kommunist Putz wusste nur ein einziges Rezept vorzutragen: die Pächter sollen sich mit Gewalt in den Besitz des Bodens setzen. Nicht einmal bei seiner eigenen Fraktion fand dieser Aufruf Glauben, denn sie nahm ihn ohne jedes Zeichen von Beifall hin.

Es folgte die erste Beratung des Notetats für 1930, der erforderlich ist, weil der Hauptetat nicht rechtzeitig verabschiedet werden kann. Es sprach der kommunistische Abg. Torgler, der freilich nichts zum Notetat sagte, sondern Phantasien über den kommenden Hauptetat vortrug, der den Reichstag noch nicht erreicht hat. Der Nothaushalt wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Bei der Beratung der Nachtragshaushalte für 1929, die sämtlich verbunden wurden, wollte der deutschnationale Abg. Schultz-Bromberg eine Attacke gegen den Reichsinnenminister Severing richten, weil dieser Steuergelder für die Bekämpfung des Volksbegehrens zum Young-Plan, also zur Bekämpfung der Opposition, verwendet habe. Schultz blieb aber mit seinem Angriff elend stecken. Schon der Zentrumsredner Dr. Schreiber erinnerte daran, dass gerade dieser Schultz einer der Vorkämpfer von Ausnahmegesetzen gegen die Polen unter der Monarchie gewesen sei. Reichsinnenminister Severing aber brachte noch viel bessere Erinnerungen aus der Kaiserzeit. Er packte u. a. ein Aktenstück aus, durch das dem Regierungspräsidenten von Potsdam aus dem preussischen Ministerium des Innern Mittel zur Verbreitung von Kalendern gegen die Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt worden seien. An der Bearbeitung dieser Sache war damals ein Referent des Innenministeriums beteiligt und zwar der jetzige deutschnationale Abgeordnete Graf von Westarp. Das Haus applaudierte dem Minister und lachte fröhlich. Der Angriff der Deutschnationalen war gründlich erledigt.

Für die Kommunisten sprach dann der Abgeordnete Maslowski, der ein Bündnis des Papstes und der Sozialdemokratie zur Vorbereitung eines Krieges gegen Sowjetrußland in seinen aufgeregten Phantasien vertrat. Wie öfters schon machte sich der frühere zaristische Offizier und jetzige völkisch-deutschnationale Abg. von Freytagh-Loringhoven zum Verfechter der französischen These, dass auch nach dem Youngplan noch ein Sanktionsrecht bestehe. Mit Recht hielt ihm dann der demokratische Abg. Bernhard vor, dass der französische Ministerpräsident sich bei seiner Rechtsauffassung auf den deutschnationalen Abg. von Freytagh-Loringhoven beziehen könne. Als die nationalsozialistischen Abgg. Goebbels und Strasser dem Abg. Bernhard antisemitische Zwischenrufe machten, antwortete dieser schlagfertig: "Nach Ihrem Aussehen, meine Herren, glaube ich, dass meine Vorfahren länger in Deutschland sitzen als die Ihren". Der Volkskonservative Abg. von Lindeiner-Wildau glaubte, eine Oberlehrer-Rede halten zu dürfen, weil beabsichtigt ist, am 1. Mai sozialistische Feiern durch den Rundfunk zu übertragen.

Der grösste Teil der Nachtragshaushalte wurde in zweiter Beratung erledigt. Abgelehnt wurde ein Antrag, der Leipziger Messe ein Zuschuss von 400 000 Mark zu gewähren.

Ein Jubiläum der S.P.F.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

SPD. Paris, Ende März (Eig. Bericht)

Dieser Tage sind es 25 Jahre geworden, dass sich die damals bestehenden verschiedenen französischen sozialistischen Gruppen nach heftigen Fehden und langen Wirren zu der heutigen grossen Sozialistischen Partei auf dem Pariser Einigungskongress zusammenschlossen. Das Hauptverdienst an dieser historischen Tat gebührt vor allem dem unvergesslichen grossen Jaurès. Aber auch die deutsche Sozialdemokratie wie die gesamte Internationale darf sich ihren gebührenden Anteil an der Einigung der französischen Sozialisten zuschreiben. Denn es war der internationale Kongress in Amsterdam, der ein Jahr zuvor die Grundlagen zum französischen Zusammenschluss gelegt hatte. Die Amsterdamer Resolution, die "die unumgängliche Notwendigkeit" der sozialistischen Einheit in allen Ländern proklamierte und anbefahl, trägt die Unterschrift von Enrico Ferri, Troelstra, Vandervelde, Victor Adler, Kautski und August Bebel.

Neben verschiedenen lokalen Splittern bestanden damals in Frankreich drei Hauptgruppen: die "Sozialistische Partei Frankreichs" unter der Führung von Guèsde, Vaillant, Bracke, Lafargue und Hervé, die "Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei" mit Allamane, und die "Französischen Sozialisten" mit Jaurès, Pressené, Viviani, Renaudel und Longuet, dem Enkel von Karl Marx an der Spitze und - dem heutigen Briand. Jeder Name ein Kapitel französischer Geschichte. Da ist, um nur einige zu nennen, Jules Guèsde, der grosse Lehrer und Theoretiker des französischen Sozialismus, da ist Vaillant, der 1870 auf den Barrikaden der Kommune stand, da ist Viviani, und Briand, der ehemalige Anarchist, die ins bürgerliche Lager gingen und Minister wurden; da ist Pressensé, einer der besten und edelsten Friedenskämpfer; da ist Hervé, einst dem Anarchismus näher als dem Sozialismus und kurz vor Kriegsausbruch mit Gefängnis bestraft wurde, weil er die französische Flagge beschimpft hatte. Im Krieg schwenkte er um und heute ist derselbe Hervé einer der widerwärtigsten völkischen und "nationalsozialistischen" Hetzer. Da sind Renaudel, Longuet und Bracke, Kammerdeputierte, in der vordersten Reihe der Partei und der europäischen Verständigung stehend, und da lesen wir den Namen Jean Jaurès, der allein genügt, für ein Jahrhundert und mehr, den Ruhm und den Stern der französischen Partei und der französischen Arbeiterbewegung leuchten zu lassen.

Was die Einigung von 1905 für die sozialistische Bewegung Frankreichs bedeutete und immer wieder bedeuten wird, das lehren uns einige Zahlen. 1905 besass die Partei 65 Bezirksorganisationen mit 2000 Ortsgruppen und 40 000 Mitgliedern. Im Parlament hatte sie 38 Abgeordnete. In den verschiedenen Städten sassen etwa 1500 sozialistische Gemeinderäte. Heute gibt es kein Departement in Frankreich und in seinen Kolonien, das nicht seine sozialistische Bezirksorganisation hätte, und seit den letzten Wahlen schreitet die Partei von Erfolg zu Erfolg und vergrössert die Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder. Sie beträgt gegenwärtig 120 000, eine für französische Verhältnisse und bei der Abneigung der Franzosen gegen jeden Organisationszwang verblüffende und achtunggebietende Ziffer. In der Abgeordnetenkammer sitzen 102 sozialistische Deputierte und 15 Sozialisten sind bisher in die geheiligten Räume des Senates eingezogen. In den Kommunen mustert die sozialistische Partei rund 12 000 Stadtverordnete und Gemeinderäte, und zahllose Städte und Gemeinden werden von sozialistischen Bürgermeistern verwaltet. Das ist, trotz des Krieges die Frucht 25 jähriger sozialistischer Arbeit und der vor 25 Jahren erfolgten Einigung. Eine Tat und eine Arbeit, die leider durch die kommunistische Spaltung um die Hälfte ihrer Auswirkung gebracht worden ist. Ohne das kommunistische Zerstörungswerk und den täglichen Abwehrkampf gegen Moskau, ohne die Kommunisten im letzten Wahlkampf und deren verbrecherische Taktik, die allein fünfzig Mandate der französischen Reaktion zuschanzte, ohne diesen Bruderkampf innerhalb der

französischen Arbeiterschaft würden heute sehr wahrscheinlich die französischen Sozialisten in ihrem Lande die gleiche Stellung einnehmen, wie sie die von Kommunismus verschonte englische Arbeiterbewegung errungen hat.

Eins ist jedoch auch in Frankreich gewiss: diese kommunistischen Spalter und Schreier sind organisationsmässig nur noch ein Scherbenhaufen. Innerlich zerfressen von Richtungskämpfen, gespalten in Gruppen, durchsetzt bis in die höchsten Spitzen von Polizeispitzel: es wird nicht lange dauern, bis sich auch die kommunistischen Arbeiter und Wähler ausserhalb der kommunistischen Rumpforganisationen voll Ekel von diesem Treiben völlig abwenden und gemeinsam mit der Sozialistischen Partei den Kampf aufnehmen gegen die französische Reaktion, deren unfreiwilliger aber desto besserer Bundesgenosse die Moskauer Filiale von Paris darstellt. Sie ist es, die allein die Schlagkraft der französischen sozialistischen Partei stark vermindert und sie um die beste Frucht ihrer fünf- und zwanzigjährigen Arbeit gebracht hat. Es wird anders werden. Dessen sind sich die französischen Sozialisten in Frankreich bewusst. Am Tage, da sich die Einheit der französischen Arbeiterbewegung in der Sozialistischen Partei verkörpern wird, an diesem Tage wird Europa um einen Kopf grösser geworden sein. Dass die französische Sozialistische Partei ihre nationale und internationale Aufgabe lösen wird, das beweisen die vergangenen fünf und zwanzig Jahre. Unser Glückwunsch und unser "Glück auf" für die Zukunft!

Englische Arbeiterführer.

Herbert Morrison - der Verkehrsminister.

SPD. London, Ende März (Eig. Bericht)
SPD. Herbert Morrison, knapp vierzigjährig, war der grösseren Öffentlichkeit bis vor Kurzem völlig unbekannt. Sein Arbeitsgebiet war die Londoner Lokalpolitik, die Führung der Labour-Fraktion im Londoner Grafschaftsrat, der Aufbau der stark vernachlässigten Organisation der Arbeiterpartei in Gross-London. Als Sohn eines Polizisten geboren, zum Lehrer ausersehen, hat dieser junge Politiker in kleinerem Kreis binnen wenigen Jahren ausserordentliches geleistet. Die Partei hat seine Fähigkeiten bald erkannt. Er wurde in den Parteivorstand der Labour Party berufen und bekleidete im Jahre 1928, in dem sich die Partei auf die Neuwahlen vorbereitete, das Amt eines Parteivorsitzenden.

Als MacDonald zur Regierung berufen wurde, da übertrug er dem jungen Politiker, der die Londoner Parteiorganisation vom kommunistischen Einfluss befreit hatte, den wichtigen Posten eines Verkehrsministers. Diese Wahl erregte in der breiten Öffentlichkeit Aufsehen - Morrison war ein unbeschriebenes Blatt, seine Ernennung eine der wenigen völlig unerwarteten Berufungen MacDonalds. Morrison hat das in ihn gesetzte Vertrauen voll erfüllt. Bereits die ersten Debatten bewiesen, dass MacDonald hier einen meisterhaften Griff getan hatte. Seine kommunalen Erfahrungen hatten Morrison in besonderem Masse auf seine neuen Aufgaben vorbereitet. Ein moderner, grosszügiger Mensch, sah er eine seiner ersten Aufgaben in der Beseitigung des Londoner Verkehrschaos, das in dem privatwirtschaftlichen Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsmittel und in der Diktatur eines grossen Konzerns seine Ursache hatte. Das Parlament und nicht die Stadt London ist für den Londoner Verkehr verantwortlich und Morrison hat es binnen Kurzem verstanden, dem gegen öffentliche Kontrolle so misstrauischen englischen Bürger seine tief, in die traditionelle Freizügigkeit einschneidenden Pläne schmackhaft zu machen.

Morrison hat bewiesen, dass er den Instinkt des Politikers mit einer ausgesprochenen administrativen Begabung verknüpft. Unter den jüngeren Männern ist er der grösste persönliche Erfolg in der Regierung. Seine Jugend, seine Energie, seine selbstlose Hingabe an die Sache, der er dient, hat auf das Parlament und die Partei grossen Eindruck gemacht. Wenn MacDonald dereinst an

die Niederlegung des Amtes als Parteiführer denken, die Frage eines Nachfolgers aktuell werden sollte, ist Morrison einer der wenigen, die das Zeug zur Führung und das Vertrauen der Massen in sich vereinigen.

George Lansbury - Minister für öffentliche Arbeiten.

George Lansbury ist ein Mann völlig eigener Art und Prägung; er ist eine Partei innerhalb der Partei. Keiner unter den Führern der Partei kommt ihm an persönlicher Zuneigung gleich, die er bei den grosstädtischen Massen geniesst. Er ist ein ewiger Radikaler des Herzens, ein unermüdlicher Kämpfer gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung, ein Apostel des Sozialismus in England. Aber er verbindet mit seinem Idealismus einen praktisch zupackenden Verstand, der diejenigen immer wieder in Erstaunen versetzt hat, die in ihm nichts als einen sentimental Laienprediger des Sozialismus erblickt haben.

Lansbury kam aus kleinbürgerlichem Milieu, stiess früh in die Kommunalpolitik im Osten Londons und hatte, im kleinen Kreise seiner lokalpolitischen Betätigung, längst den Ruf eines tüchtigen Organisators, eines Freundes der Ärmsten der Armen, ehe er in die grosse Politik ging. Er ist der Gründer des "Daily Herald", den er als ein Oppositionsorgan jahrelang unter grössten persönlichen Opfern über Wasser hielt. Im Jahre 1929 wurde er als Minister für öffentliche Arbeiten ins Kabinett MacDonalld gerufen. Hier unterstehen ihm staatliche Institutionen, die Erhaltung der öffentlichen Gebäude, die Denkmäler und Parks. Lansbury hat auf diesem Posten bereits in wenigen Monaten mehr geleistet als ein Dutzend seiner liberalen und konservativen Vorgänger. Er ist, trotz seiner siebenzig Jahre, mit jugendlichem Eifer daran gegangen, den Bürokratismus und die sinnlos gewordenen Traditionen zu durchbrechen, die der vollen Nutzung der öffentlichen Institutionen durch das Volk im Wege stehn und hat begonnen, die Londoner Parks in Kinderparadiese umzuwandeln und durch die Schaffung von Sonnen- und Luftbädern die Volksgesundheit zu fördern. Er hat hierbei weit über seine Partei hinaus in der Öffentlichkeit ein beglückendes Echo gefunden. Es bewies, dass auch in England die Zeit für den Zusammenbruch vieler puritanischen Hemmungen und Empfindlichkeiten reif geworden ist.

Der Hauptzug von Lansburys Wesen ist Ritterlichkeit. Darum hat er auch niemals im Kampf um seine Auffassungen solche Bitterkeiten erzeugt, wie andere Radikale innerhalb der Arbeiterpartei - so oft er auch während seines langen Kämpferlebens versucht hat, die Partei nach links zu dirigieren. Ein gläubiger Christ, ein überaus menschlicher Fanatiker mit einem ausgesprochenen Sinn für Humor, repräsentiert George Lansbury eine für England bezeichnende Seite der Arbeiterbewegung der Welt. Die Partei wäre ohne diesen Vorkämpfer des Lumpenproletariats, diesen Abgott der Elendsviertel Gross-Londons nicht sie selbst. Er ist ohne Zweifel der menschlichste unter den Führern Labours und einer der nicht allzu zahlreichen britischen Sozialisten, denen der Internationalismus eine ernste Überzeugung und eine wirkliche Verpflichtung bedeutet.

Gesundheitsministerium und Handelsamt.

Das Ausland kennt MacDonalld, Snowden, Henderson und J.H.Thomas - ein Mann, wie Arthur Greenwood ist ausserhalb Grossbritanniens nichts als ein Name. Der Minister für Volksgesundheit im zweiten Kabinett MacDonalld ist in der britischen Arbeiterbewegung kein Neuling. Ein Intellektueller aus dem Mittelstand, hat Arthur Greenwood seit Jahren im Hauptquartier der Arbeiterpartei gewissenhafte und, der Aussenwelt unsichtbar, überaus wichtige Arbeit geleistet. Als Chef der Forschungsstelle der Arbeiterpartei war es jahrelang seine Pflicht, die Fraktion mit dem statistischen Material und den notwendigen Informationen für die grossen Debatten zu versehen und seine Hand ist bei der Verfassung des Birminghamer Parteiprogramms deutlich erkennbar gewesen. Als Minister hat Arthur Greenwood den schwierigen Gesetzentwurf zur Arbeitslosenversicherung

geschickt durch ein unwilliges Parlament bugsiiert und bei allen grossen Gelegenheiten bewiesen, dass er den Instinkt des Staatsmannes mit der Sachkenntnis des Beamten verbindet. Greenwood steht zu Beginn des fünften Jahrzehnts - er ist unter den Männern der zweiten Führergarnitur einer der unentbehrlichsten und zuverlässigsten.

Von Haus aus Universitätslehrer, wie Greenwood ist William Graham, der Präsident des Handelsamtes, doch ein Mann ganz andern Typs. Zum Unterschied von Greenwood hat er schon seit langem im Zentrum des politischen Interesses gestanden, das er durch seine phänomenalen Gedächtnisleistungen bei Budgetdebatten erregt hatte. Man hatte allgemein auf den Augenblick gewartet, wo diesem Mann eine grössere Aufgabe zugewiesen werden würde. Sie ist ihm im zweiten Ministerium MacDonald endlich zugefallen. Graham hat sich in seinem neuen Aufgabenkreis als ein, seiner Arbeit und dem kleinsten Detail fanatisch ergebener Minister von ungewöhnlichen Fähigkeiten, wenn auch nicht als ein origineller und im eigentlichen Sinne schöpferischer Kopf erwiesen. Sein Ansehen, auch im gegnerischen Lager ist gross, seine Autorität im Parlament unbestritten. Er gilt, neben Snowden, als die stärkste intellektuelle Begabung, die die an Begabungen so reiche britische Arbeiterpartei bisher hervorgebracht hat.

E. Wertheimer.

Vor zehn Jahren.

Die Toten von Mechterstedt.

SPD. "Am 25. März, morgens, herrscht dicker Nebel. Wieder sind wir die vordersten Teile der Brigade. In Mechterstedt halten wir. Schüsse fallen in der Nähe. Später erfahren wir die Ursache: Gefangene des Studentenbataillons werden von Studenten beim Fluchtversuch erschossen. In dieses Ereignis knüpfte sich eine jahrelange Untersuchung, die schliesslich zur völligen Freisprechung und Schuldlosigkeit der als Mörder verfolgten Studenten führte."

So schreibt in der letzten Nummer des "Stahlhelm" unter der Ueberschrift "Vor zehn Jahren. Die Befreiung Thüringens" ein Major a.D. Merkel.

+ + +
Vergangenheit steht auf, Erinnerung wird lebendig. Tag des Kapp-Putsches in Marburg. Die Korporationen der Studenten jubeln und flaggen in ihren Vereinshäusern. Wir weniger Republikaner in dieser kleinen Universitätsstadt sind am Werke, versammelt in dem winzigen Redaktionszimmer der republikanischen Zeitung. Verfassungstreue Minderheit steht gegen staatsfeindliche Mehrheit! Aber wir sind auf dem Posten. Wir sind überall dabei, wo sich die Studenten versammeln, auch wenn wir niedergebrüllt werden, auch wenn wir in Gefahr sind, Prügel oder Schlimmeres zu beziehen. Die Studentenschaft schwört auf Kapp, die Republikaner stehen als winziges Häuflein allein auf äusserstem Vorposten einer schwarzweissroten Insel.

+ + +
19. März 1920. Die Staatsverbrecher sind aus Berlin vertrieben, die Flaggen auf den Häusern der Korporationen sind eingezogen, unter den Siegern von vorgestern regiert der Katzenjammer. Es ist misslungen! Kapp und Lüttwitz haben bei Nacht und Nebel Berlin verlassen, daran ändert selbst die brüllende Begeisterung Marburger Korporationsstudenten nichts mehr!

In die trübe Stimmung des Besiegtseins fällt jählings ein greller Hoffnungsstrahl: Der Kommandeur des Marburger Jägerbataillons, ein Freiherr von Schenk, erlässt einen Aufruf: "Das Vaterland ist in höchster Gefahr, in Thüringen ist Aufruhr. Bewaffnete Banden durchziehen raubend und plündernd das Land!... Die Truppe in Marburg einschliesslich der Zeitfreiwilligen wird in kürzester Zeit nach dort abtransportiert." Die Studenten melden sich in Scharen, ein Bataillon

rückt ab. Ein entsetzlicher Anblick! Es geht in den Bürgerkrieg, in den Kampf Deutscher gegen Deutsche. Und diese jungen, törichten Menschen tragen die bunten Bänder ihrer Studentenverbindungen, tragen Blumensträuße im Knopfloch und am Helm. Sie singen begeistert Kriegslieder, sie sind, deutsche Studenten, ausser Rand und Band, aus Freude darüber, gegen deutsche Arbeiter in den Kampf ziehen zu können.

+ + +
Wir Republikaner hatten bis dahin dem Aufruf des Herrn von Schenk durchaus ablehnend gegenübergestanden. Wir hielten, und die Tatsachen gaben uns später Recht, den ganzen Thüringer Aufruhr für Ablenkung und Mumpitz. Aber als wir diesen Ausmarsch gesehen hatten, da ahnten wir, dass Schlimmes sich vorbereite, und da wussten wir, dass gerade wir berufen waren, Schlimmeres zu verhüten. Wir riefen, der Theologieprofessor Hermeling, der Redakteur Knoeckel, der Demokrat Ernst Lemmer und ich, die Marburger Republikaner auf, eine Volkskompagnie zu bilden und sich den Freiwilligen-Detachements anzuschliessen. Die wenigen jungen Arbeiter der Universitätsstadt kamen zu uns und mit ihnen die Handvoll republikanischer Studenten. Immerhin waren wir rund 120 Mann. Es waren nicht alle Gesinnungsfreunde mit uns einer Meinung. Heute wissen wir, dass wir richtig handelten.

+ + +
....Das zweite Marburger Bataillon, mit ihm die Volkskompagnie, ist in Thüringen. In Gotha, in Eisenach, nirgends spüren wir das geringste von Aufruhr und rotem Terror. Aber wie eine Art Albdruck liegt auf den anderen, den rein studentischen Kompagnien die Anwesenheit dieser Volkskompagnie, die eine schwarzrotgoldene Fahne führt und deren Offiziere neben ihren Kriegsauszeichnungen am Ordensband ein schwarzrotgoldenes Abzeichen tragen. Dieser Albdruck mag ausserordentlich notwendig gewesen sein....

+ + +
....Wir sollen Ruhla besetzen. Die Volkskompagnie war Spitze des Bataillons. Es ist ein feuchter, nebliger März morgen, wir nähern uns mit der Spitzengruppe, den Kompagniechef und den Führer des ersten Zuges vorn, ganz kriegsmässig dem Orte. Warum eigentlich? Nun ja, da war doch die rote Armee, die Aufruhrarmee, die Terrorarmee! Aber wie wir ausschauen erkennen wir, wie die Menschen fliehen, keine roten Soldaten, nein, alte Leute und Frauen mit Kindern auf dem Arm. Wir, die Befreier, rücken ein. Aber die Fenster sind verhängt, kaum wagt sich ein Mensch auf die Strasse, es ist eine dumpfe, gedrückte Stimmung. Wir wollen etwas essen, etwas trinken. Die Gaststätten sind geschlossen. Was ist denn hier los? Wir bitten um Aufklärung. Wir fragen die wenigen Menschen, mit denen wir in diesem schier ausgestorbenen Orte sprechen können. Es kommt heraus, verängstigt, schüchtern: "Die Marburger Studenten haben hier in der Nähe vierzehn Menschen totgeschossen."

+ + +
Das war furchtbare Wahrheit! In dem Ort Thal war eine Truppe unter Führung eines Oberleutnants eingefallen und hatte dort ohne lange Untersuchung willkürliche Verhaftungen vorgenommen. Fünfzehn Menschen wurden als Aufrührer festgenommen, ins Spritzenhaus gesperrt und misshandelt. Dann hiess es, sie sollten nach Gotha zur Aburteilung transportiert werden. Die Leute waren sämtlich unbewaffnet, einige von ihnen waren Mitglieder der Demokratischen Partei. Im Morgennebel führte man sie am Schlusse des Truppenverbandes mit, während jeder Unteroffizier weiss, dass Gefangene in der Mitte des Verbandes zu führen sind. Sie sind dann in Gruppen, manchmal geradezu einer nach dem anderen, "geflohen" und niedergeschossen. Man liess sie am Strassenrande liegen. Die Schädel waren total zertrümmert, die Schüsse kamen also aus nächster Nähe. Fast alle von hinten....man denkt an Freiligraths zorniges Wort: "Die vielbeliebten, sichern Rückenschüsse!" An Verfolgung der "Fliehenden" hat keiner gedacht. Schiessen, schiessen, schiessen! Die zerfetzten Körper blieben liegen, die Studenten zogen singend weiter, und einer von ihnen rief: "Die Anatomie brauchte Leichen."

Beerdigung in Thal. Drei Brüder Földner, zwei andere Jüngere von Thal in Schützengraben gefallen, zwei Brüder Soldan, zwei Brüder Schröder, Hornemann, Hartmann, Döll, Patz, Wedel, Bössiger, Rosenstock, alle Bürger aus Thal, der Pfarrer spricht. Der ganze Ort steht am Grabe.

+ + +

Kriegsgericht in Marburg. Die paar Menschen von der Volkskompanie hatten nicht schweigen können. Die Öffentlichkeit verlangte Aufklärung. Komödie einer Gerichtsverhandlung! Als der Staatsanwalt geendet hatte, sagte der unbefangene Zuhörer: "Der Verteidiger hat sehr gut gesprochen."

Ein Gutes, ein ganz kleines Gutes vielleicht, das durch den grausamen Tod der vierzehn Arbeiter von Thal erreicht wurde: Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Der Fall kam ans Schwurgericht in Kassel. Wieder Freispruch der Studenten aber immerhin die brandmarkende Feststellung gemeiner und brutaler Mißhandlungen der widerrechtlich Gefangenen durch die rechtsradikalen Zeitfreiwilligen.

+ + +

So sah die "Befreiung Thüringens" in Wirklichkeit aus, Herr Major Merkel!
Henning Duferstadt.

SPD. Paris, 26. März (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Tardieu blieb am Mittwoch in der Kammer im Laufe der Debatte über das Getreidegesetz wieder einmal mit 277 gegen 310 Stimmen in der Minderheit. Die Abstimmung betraf einen Zusatzantrag zum Regierungsentwurf, welcher das Kriegsministerium zur Verhinderung künstlicher Konjunkturen verpflichten sollte, Getreide und Mehl im Werte von 200 Millionen Franken aufzukaufen und vorrätig zu halten, um dadurch eine Stetigkeit der Getreidepreise zu sichern. Der Landwirtschaftsminister und der Berichterstatter der Kommission legten gegen den Antrag schärfsten Protest ein. Die Kammer nahm ihn trotzdem an. Dann wurde auch die Regierungsvorlage angenommen.

SPD. Bochum, 26. März (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrbergbau stehen wieder grosse Entlassungen bevor. So werden auf den Zechen König Wilhelm 750, Diergardt 300, Dahlbusch 430 und Emscher 500 Arbeiter demnächst entlassen werden.

SPD. Wilhelmshaven, 26. März (Eig. Drahtb.)

Der gegenwärtig noch aktive Vizeadmiral Franz, der Befehlshaber der Linienschiffe in Wilhelmshaven, wird zum 1. April dieses Jahres eine Stellung als Generaldirektor der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik A.G. in Düsseldorf annehmen. Franz war bis zum vorigen Frühjahr Oberwerftdirektor der Marinewerft Wilhelmshaven.

Aus aller Welt

Nogens und die Leichenpuppe.

Höhepunkt des Jakobowski-Prozesses: Lokaltermin in der Palinger Heide. — Unheimliche Demonstrationen mit einer Ewald Nogens-Puppe.

SPD. Der Mittwoch-Lokaltermin in der Palinger Heide führte die Autokolonne des Neustrelitzer Gerichtes und der Geschworenen von Lübeck aus bei sehr schlechtem Wetter zuerst nach dem Heidekaten, in dem früher die Familie Nogens wohnte, während sich jetzt in den engen, dumpfen Räumen die Eltern des neuerdings so schwer belasteten Paul Kreuzfeld häuslich niedergelassen haben. Es wird weiterhin die Stelle besichtigt, an der August Nogens nach seinem früheren Geständnis dem Kind "die Luft abgedrückt" haben will, ferner das Grundstück des Landwirts Eggert, wo Jakobowski in Arbeit war. Bei der Vernehmung der Zeugen Gertrud Nogens, Frau Müller, Johansen und Page kommt es zu verschiedenen Widersprüchen.

Der Trupp der Juristen, Zeugen und Journalisten zieht durchs ganze Dorf an jene Stelle, an der August Nogens nach seinem früheren Geständnis angeblich die Leiche des kleinen Ewald seinem Bruder Fritz übergeben haben will. Rechtsanwalt Brandt hat eine Puppe mitgebracht, die ungefähr von genau der gleichen Grösse ist, wie es die des ermordeten kleinen Ewald Nogens gewesen sein muss. Der Vorsitzende fordert August Nogens auf, einmal mit der Puppe vorzumachen, wie es war, als er seinem Bruder die Leiche übergab. Ruhig stellt sich August Nogens unter dem Mordbaum auf. Neben ihm steht Kriminalkommissar Dräger. Der übergibt ihm die Puppe — August wird leichenblass.

Die Beiden stehen sich gegenüber: der Kriminalkommissar mit der Puppe in der Hand und August Nogens, der sich weigert, sie entgegen zu nehmen. Voller Angst stiert er das grauenvolle Demonstrationsobjekt an. Die böartigen Augen sprühen Hass und Furcht. Dreimal fordert Dräger auf, die Puppe in Empfang zu nehmen. August steht wie starr.

Jetzt gehen die Verteidiger des August Nogens auf ihn zu und warnen ihn, sich nicht aufs Glatteis führen zu lassen. Das bestärkt Nogens in seinem Widerstand. Dann kommt die Reihe an Fritz Nogens. Er ist ebenso scheu wie sein Bruder, sieht sich hilflos um, sagt mit zitternder Stimme: "Ich kann doch nicht zeigen, wie ich die Leiche getragen habe, denn ich habe es gar nicht gemacht. Das habe ich ja bloss erfunden!" Freundlich, fast väterlich redet nun der Oberstaatsanwalt ihm zu: "Sie sollen ja nur zeigen, wie sie es nach ihren damaligen Aussagen gemacht haben wollen." Da wird Fritz Nogens umgänglicher, zögert noch einen Moment, nimmt aber dann doch die Puppe in die Hand, sieht und fühlt sie einen Moment lang interessiert an — und das Gesicht wandelt sich, die Augen haben den starren Blick verloren. Allmählich macht die Sache dem Fritz Nogens Spass. Hinzu kommt, dass er sich nun ziemlich wichtig fühlt. Er führt sie, die Puppe, er führt alle zum "Grab" — ist es das Grab?

Teisl trägt Fritz die Puppe mit der Hand, teils schleift er sie hinter sich her. Dem unheimlichen Doppelgespann folgt über die lehmigen regendurchtränkten Stoppeläcker der Schwarm der Richter, Journalisten und Dorfbewohner. Nach Durchquerung einer kleinen Waldecke ist das Kaninchenloch, in dem Fritz nach seiner früheren Aussagen Ewald Nogens verscharrt haben will, erreicht. Heute leugnet freilich der Angeklagte diese Verscharrung.

Sorgfältig beginnt nun Fritz Nogens mit der Puppenleiche des kleinen Ewald

zu hantieren und zu demonstrieren - betont aber immer wieder, dass er das, was er da demonstriert, in seinen früheren Aussagen, nur erfunden hätte. Natürlich fragt das Gericht, natürlich fragt auch Rechtsanwalt Brandt, wieso er sich so etwas habe ausdenken können, und wieso er fähig gewesen wäre, alles das zu erfinden. Fritz Nogens bleibt die Antwort schuldig.

Richter und Verteidiger lassen nicht locker. Schwer ringt es sich von den Lippen des Fritz Nogens: "Ich habe August die Sache leichter machen wollen, damit er nicht zum Tode verurteilt wird." Er meint, dass er die Beseitigung der Leiche auf sich genommen habe, weil er gewusst hätte, dass auf Beseitigung keine Todesstrafe stehe. Sofort sagt man ihm, dass seine Erklärung ja völlig sinnlos ist, weil er sich ja mit ihr nur selbst belastet, ohne aber seinen Bruder zu entlasten.

Alles ist aus. Fritz Nogens zuckt nur stumm mit den Achseln. Nun weiss er auch nicht mehr, was er da noch sagen könnte. Er spürt deutlich, dass er sich rettungslos verheddert hat. Viel wird man von ihm nicht mehr hören...

Bleischwer hängen die Regenwolken über der weiten Mordheide von Palingen.

+ + +
Statt ins Grab ins Auto. Auf merkwürdige Weise vereitelte das Schicksal den Freitod des Arbeitslosen Wisniewski in Kalisch (Polen). Als der Selbstmordkandidat aus dem Fenster des dritten Stockwerkes aus dem Hause sprang, fuhr gerade aus dessen Torweg ein Auto. Der unglückliche-glückliche Springer stürzte auf das Dach des Autos, durchbrach es und kam komischerweise direkt neben dem Chauffeur zu Fall und zu Sitz. Der Chauffeur trug leichte Verletzungen davon, während Wisniewski keinerlei Schaden erlitt. Er wird sich demnächst wegen Beschädigung des Autos zu verantworten haben.

+ + +
Brand im Stickstoffwerk. In dem Stickstoffwerk der Gaveg in Holsterhausen bei Wanne-Eickel entstand durch explosivartige Entzündung von Wasserstoffgasen an der Isolation des Kühlturmes für das Ammoniak-Hochdruckverfahren ein gefährlicher Brand. Ein Aassistant, der den Kühlturm bestiegen hatte, wurde durch den Luftdruck vom Turm geschleudert und getötet, mehrere Arbeiter sind verletzt worden. Der Brand konnte nur mit grosser Mühe gelöscht werden. Der Schaden ist erheblich.

+ + +
"Oceana" wieder in Fahrt. Der wieder flott gemachte Dampfer "Oceana" traf am Mittwoch unbeschädigt in Stambul ein, übernahm seine Passagiere und fuhr nach dem Piräus ab.

+ + +
Korruption in der Türkei. In der türkischen Kammer fragte der Abgeordnete Hamdi die Regierung Ismet Pascha, ob es wahr sei, dass der Abgeordnete Remsi sich von einem grossen Handelshause mit 200 000 Goldmark bestechen lassen und als Gegenleistung eine Herabsetzung der Steuerschuld des Unternehmens erwirkt hätte. Die Regierung gab eine ausweichende Antwort.

+ + +
Zu Tode misshandelt. Vom Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin wurden der Arbeiter Julius Schröder zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seine Frau zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil beide für schuldig befunden wurden, den Tod ihrer dreijährigen Tochter Dora durch fortgesetzte grausame Misshandlungen herbeigeführt zu haben. Der Leidensweg der kleinen Dora war furchtbar. Ihre entmenschte Mutter schlug sie mit der Spielschippe, mit der Kochkelle, der Vater mit einem zusammengelegten Leibriemen, dessen Eisenschloss schlimmste Verletzungen verursachte. Eines Tages wurde das Kind in ein nur 82 Zentimeter tiefes und ein Meter breites Kellerloch gesperrt, und als Dora dann noch einmal für kurze Stunden das Licht einer ihr grausamen Welt erblickte, wurde sie buchstäblich zu Tode getreten und zu Tode geworfen. Nach dem zweiten Fall blieb das Opfer liegen und starb.

Fast wäre das bestialische Elternpaar von den Nachbarn gelyncht worden.

+ + +

Man hat das Nachtgespenst! Nach aufregender Jagd wurde in Berlin der 36 Jahre alte Arbeiter Joseph Kostrow festgenommen, der eine ganze Zeit lang die Rolle des berüchtigten Nachtgespenstes gespielt hat, in Wirklichkeit aber nur deshalb wie ein Geist bluffte und erschreckte, um umso bequemer stehlen zu können. Kostrow hat am Mittwoch morgen einen Einbruch bei einer Familie Sebastian in einem Hause in Charlottenburg verübt. Im rechten Augenblick wachte Frau Sebastian infolge eines Geräusches auf, sah eine Gestalt, die eine Sekunde lang durch das Aufblitzen einer Taschenlampe erhellt wurde, sich von der Kommode bis zum Schrank bewegen und weckte ihren Mann und Sohn, die sofort feststellen konnten, dass der Einbrecher, der inzwischen das Weite gesucht hatte, alle Behältnisse und Kleidungsstücke durchsucht, auch Geld und Ringe gestohlen hatte. Vater und Sohn hatten die kluge Idee, sich schleunigst anzuziehen und nach dem Bahnhof Savignyplatz zu eilen, wo sie tatsächlich ihren Besucher am Bahnsteig wartend fanden. Als ein Zug einfuhr, stieg der Verdächtige ein, Vater und Sohn folgten in einem anderen Abteil, und als Herr Nachtgespenst am Bahnhof Wedding den Zug verliess, sich aber sofort verfolgt sah, begann eine wilde Jagd über Bahndamm und Böschung, wobei sich der Verfolgte durch einen unglücklichen Sturz ein Bein brach. Man fand in seinen Taschen die gestohlenen Ringe, ferner einen Dietrich und andere zur Ausübung des Gespensterberufes unerlässlich notwendige Kleinigkeiten. Weinend bekannte Gespensterjoseph: "Das habe ich mit Recht verdient, denn ich habe es getan!" In der Wohnung des Bestohlenen haben Beamte des zuständigen Polizeireviere festgestellt, dass Kostrow tatsächlich genau nach der Art des langgesuchten Nachtgespenstes gearbeitet hat, woran der letzte Zweifel seiner Identität mit diesem beseitigt sein dürfte. Er hat zunächst alle Lichtsicherungen herausgeschraubt und auf diese Weise die elektrische Leitung stromlos gemacht. Die Eingangstür zur Wohnung hatte er bei seiner Flucht aus der Wohnung von aussen wieder abgeschlossen - alles die übliche Nachtgespenstmethode.

+ + +

Drahtlose Ausstellungseröffnung. Der Versuch Marconis, die Lampen der Elektrotechnischen Ausstellung in Sidney (Australien) von seiner vor Genua liegenden Jacht "Elettra" aus zu entzünden, ist am Dienstag ausgezeichnet gelungen. Marconi verlas zu Beginn des Experimentes eine Botschaft zur Einweihung der Elektrizitätsausstellung und löste dann durch Tastendruck auf dem Funkwege im Rathaus von Sidney ein Relais aus, wodurch die Lampen zum Aufleuchten gebracht wurden. Die Wellen sind in Dorchester (England) aufgefangen und von Grimsby (England) nach Australien übertragen worden. Von Marconis Jacht aus traten mehrere Journalisten mit ihren Kollegen in Sidney ausserdem in Funkverbindung. In einem Presseinterview erklärt Marconi, dass er sich bei dem Experiment der direkten Uebertragung einer kleinen Energie bedient hätte. Sie wäre stark genug, einen besonders konstruierten Schwachstromkreis zu schliessen, durch den wiederum der Starkstrom, der für den Betrieb eines Lichtnetzes nötig ist, eingeschaltet werden kann. Es handelt sich offenbar um einen ähnlichen Vorgang, wie bei jedem Schreibempfang, bei dem ja auch die verstärkte Energie von der Antenne aufgefangen wird und ein Relais bedient. Sollte es Marconi, was noch nicht ganz klar ist, gelungen sein, von seiner Jacht aus Strom nach Australien zu senden, dann würde der Vorgang eine Revolutionierung im Elektrizitätswesen bedeuten, die eine ausserordentliche Verbilligung der elektrischen Kraft und ungeahnte wirtschaftliche Möglichkeiten zur Folge haben kann.

+ + +

Mühlenfeuer in der Mark. Durch eine grosse Feuersbrunst wurde in der Nacht zum Mittwoch die Schöpfungsmühle in der Nähe von Finowfurt bei Eberswalde (Mark) eingeäschert. 16 Feuerwehren mit über 300 Mann und 37 Schlauchleitungen waren so gut wie vergeblich, um die Bekämpfung des Feuers bemüht.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die Arbeitslosen=Klippe.

Millionenausgaben, die sich bezahlt gemacht haben.

SPD. Die härteste Nuss, die das Reichskabinett bei seinen neuen Finanzberatungen zu knacken hat, ist, wie vorauszusehen war, die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Die Deutsche Volkspartei zeigt sich wieder einmal besonders störrisch. Ihr Führer, Dr. Scholz, erklärte, dass die Arbeitslosenversicherung unter stärksten finanziellen Druck gesetzt werden müsse, damit Reformen erzwungen werden könnten. Selbstverständlich hielten demgegenüber die sozialdemokratischen Vertreter daran fest, dass eine Einschränkung der Darlehenspflicht des Reiches sowie Abbau der Leistungen für sie nicht in Frage komme.

Eine Lösung wäre die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März, der der Reichsrat bereits zugestimmt hat. Darin ist für 1930 ein fester Reichszuschuss von 200 Millionen Mark (150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien und 50 Millionen aus der Industriebelastung) sowie eine Beitragserhöhung auf 4% vorgesehen. Das voraussichtliche Defizit der Arbeitslosenversicherung für 1930 beträgt 335 Millionen. Man darf jedoch nicht vergessen, dass dieses Defizit auf der Schätzung einer Durchschnittsarbeitslosenziffer von 1,2 Millionen errechnet ist. Wahrscheinlich ist die Schätzung von 1,2 Millionen für das Etatjahr 1930/31 zu niedrig. Geht man von einer Durchschnittsziffer von 1,3 Millionen aus, dann stellt sich das Defizit auf 430 Millionen. Diese Summe kann bei einer Beitragserhöhung auf 4% ab Juli dieses Jahres gedeckt werden. Denn bei einem Beitrag von $3\frac{1}{2}\%$ kommt in der Zeit von Juli dieses Jahres bis zum 1. April des nächsten Jahres ein Plus von 100 Millionen ein, bei einer Erhöhung des Beitrags auf 4% im gleichen Zeitraum ein weiteres Plus von etwa über 100 Millionen. Das würde zusammen mit dem vorgeschlagenen festen Reichszuschuss in Höhe von 200 Millionen im ganzen 400 Millionen ausmachen. Der dann noch bleibende ungedeckte Rest von 30 Millionen könnte aus dem Mehrertrag der Lohnsteuer entnommen werden.

Das alles ist, was nicht vergessen werden darf, nur eine Augenblickslösung. Entschliesst man sich für diese Lösung, dann steht man im nächsten Jahr wieder vor ähnlichen Schwierigkeiten. Notwendig wäre eine organische Lösung der Finanzierung. Sie ist aber nicht im Handumdrehen zu schaffen. Wie sie aussehen müsste, darüber wird noch zu sprechen sein, wenn die Nöte des Augenblicks behoben sind.

Wir sind überzeugt, dass gewisse Leute, wenn sie die neue Rechnung zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt zu Gesicht bekommen, sich wie irrsinnig aufführen werden. Zu ihrer Beruhigung muss man darauf hinweisen, dass die Arbeitslosenunterstützung sich tausendfach bezahlt gemacht hat. Die Spesen der Arbeitslosenunterstützung sind nicht gering, allein sie haben dem Staat und der Wirtschaft Milliarden erspart. Oder zweifelt jemand daran, dass in diesem Winter ohne Arbeitslosenunterstützung gefährliche Hungerrevolten eine Selbstverständlichkeit gewesen wären. Aus diesen Hungerrevolten hätte sich angesichts der gespannten politischen Lage etwas Furchtbares entwickeln müssen. Der Arbeitslosenschutz hat Deutschland im letzten Winter - nur Ahnungslose und Blinde sehen das nicht - Bitterstes und Tieftrauriges erspart.

SPD. In einem auffallend scharfen Ton kritisierte am Mittwoch die Germania die Schätzung der Zahl der Arbeitslosen=Unterstützungsempfänger durch das Reich arbeitsministerium. Sie schreibt: "Das neue Kompromiss über die Arbeitslosen=versicherung begegnet unverständlicherweise der schärfsten Ablehnung der Soziedademokratie. Die in dieser Frage bestehenden Schwierigkeiten dürften, was einmal festgestellt werden muss, sehr stark von der Tatsache beeinflusst sein, dass die als Berechnungsgrundlage von leitenden Stellen des Reichsarbeitsministeriums gegebenen Ziffern sich erstaunlicherweise je nach der taktischen Situation verändert haben. Es scheint uns erforderlich zu sein, bei gegebener Gelegenheit diesem seltsamen Zahlenwandel, seinen Ursprüngen und den hier bestehenden Verantwortlichkeiten sehr genau nachzugehen und aus diesen Dingen auch gewisse Konsequenzen zu ziehen".--

Es soll Leute geben, die das Gras wachsen hören. Leider hat weder das Reich arbeitsministerium noch die Reichsanstalt solche Leute bis jetzt ausfindig machen können. Vielleicht kann die Germania diesem Uebelstande abhelfen. Dann wird man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt von vornherein genau wissen. Bis her war man auf Schätzungen angewiesen, die durch ganz ungewöhnliche Verhältnisse über den Haufen geworfen wurden. Niemand konnte den vorjährigen Polarwinter, die Zerrüttung auf dem Baumarkt, die Auswirkungen der Schacht'schen Kreditpolitik und die neue Rationalisierungswelle voraussehen! Die Reichsanstalt hat daher ihren Haushalt für 1930 auf die Durchschnittszahl von 1,2 Millionen abgestellt. Diese Zahl ist auch den Verhandlungen innerhalb des Kabinetts zugrunde gelegt worden. Man war sich aber dabei darüber im klaren, dass möglicherweise auch die Schätzung von 1,2 Millionen noch überschritten werden kann.

Der Ton der Germania hoch von oben herab scheint anzudeuten, dass vor der Tür des Reichsarbeitsministeriums bereits Leute stehen, die darauf brennen, es besser zu machen.

SPD. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verabschiedete am Mittwoch den Haushalt der Reichsanstalt für das Rechnungsjahr 1930. Die unübersichtliche Lage des Arbeitsmarktes bereitete der Aufstellung des Haushalts grosse Schwierigkeiten. Die Einnahmen aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen auf 920 Millionen Mark festgesetzt. Im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften wurde mitgeteilt, dass die Erhebung eines Beitragssatzes von $3\frac{1}{2}$ v.H. für das ganze Rechnungsjahr einen Beitragseingang von etwa 1 015 Mill.Rm., von $3\frac{3}{4}$ v.H. einen Beitragseingang von 1 087 Mill.Rm. und von 4 v.H. einen Beitragseingang von 1 160 Mill.Rm. bedeuten würde.

Bei der zugrunde gelegten Durchschnittsziffer von 1,2 Millionen Unterstützungsempfänger ergeben sich Gesamtausgaben von rund 1 266 Mill.Rm. Von diesem Gesamtbetrag entfallen allein auf die Unterstützungsbeträge für 1,2 Mill. Hauptunterstützungsempfänger und ihre Familienmitglieder, deren Zahl wohl nahezu ebenso hoch anzusetzen ist, sowie auf die Krankenversicherung der Arbeitslosen 1 094 Mill.Rm. Der Rest von 172 Mill.Rm. entfällt auf die Aufwendungen der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, auf die Beiträge der Reichsanstalt zur wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, auf die Aufwendungen für die Kurzarbeiterunterstützung, auf Massnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, schliesslich auf die allgemeine Verwaltung und die Vergütung an die Einzugsstellen (Krankenkassen).

Da Einnahmen und Ausgaben bei der zu erwartenden hohen Zahl von Arbeitslosen nicht zum Ausgleich kommen, musste auch für das Jahr 1930 die Inanspruchnahme von Reichsmitteln zur Deckung des Fehlbetrages in Aussicht genommen werden.

Der Gesamthaushalt erhöht sich sowohl auf der Einnahme= wie auf der Ausgabeseite um rund 243 Mill. Rm durch laufende Mittel, die im Reichshaushalt für die Krisenfürsorge und zu Darlehen für die wertschaffende Arbeitslosen=fürsorge vorgesehen sind.

SPD. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger, der sämtliche Spitzenverbände und Träger der deutschen Sozialversicherung angehören, hat bei der Reichsregierung gegen die Absicht, den der Invalidenversicherung zustehenden Betrag aus Zollmitteln von 40 Millionen auf 20 Millionen Mark jährlich herabzusetzen, womit sich die Träger der Invalidenversicherung niemals einverstanden erklärt haben, einmütig Protest erhoben. Durch eine solche Massnahme würde, so heisst es in der Begründung des Protestes, die Durchführung des zwischen den Sozialversicherungsträgern abgeschlossenen Vertrages über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sowie die Ausführung der Richtlinien für Gesundheitsreform unmöglich gemacht werden.

Die in der Reichsarbeitsgemeinschaft verbundenen Reichsversicherungsträger richten deshalb die dringende Bitte an die Reichsregierung und den Reichstag, von jeder Verschlechterung der Finanzlage der Invalidenversicherung abzusehen.

SPD. Tariferhöhung oder Massenentlassungen bei der Reichsbahn? Mit dieser Alternative versucht die Reichsbahn-Gesellschaft die Reichsregierung unter Druck zu nehmen. Wir finden das Auffahren solch groben Geschützes reichlich ungeschickt. Denn die Lage ist auf dem Arbeitsmarkt wirklich ernst genug, und alle verantwortlichen Stellen, auch die der Reichsbahn haben reichlich Anlass, alles zu vermeiden, damit die leichten Ansätze zur Besserung nicht im Keim erstickt werden. Die Schädlichkeit einer Tariferhöhung liegt auf der Hand. Wir brauchen eine Förderung, nicht aber eine neue Hemmung der Konjunkturbelebung. Auf der anderen Seite kann niemand bestreiten, dass die Reichsbahn finanziell zur Zeit wirklich nicht auf Rosen gebettet ist. Der Verkehr liegt danieder. Der milde Winter hat die Konkurrenz der Binnenschifffahrt verschärft. Was von dem Einnahmeausfall der Reichsbahn auf das Einnahme-Konto der Binnenschifffahrt, der allgemeinen Wirtschaftslage oder der Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs geschrieben werden muss, ist schwer zu sagen. Das Minus der Monate Januar, Februar, März wird auf 90 Millionen Mark beziffert.

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Reichsbahn darf jedoch nicht übersehen werden, dass bei ihr für unnütze Spielereien immer noch recht viel Geld vorhanden ist. Die Kosten für Bahnschutz, Teno und Leistungszulagen sind mit rund 40 Millionen Mark sicherlich nicht zu gering veranschlagt. Mit diesen 40 Millionen könnte man schon beinahe die Hälfte des Ausfalls der letzten drei Monate decken. Haben die massgebenden Stellen der Reichsbahngesellschaft kein Empfinden für das einliche ihrer Rolle, wenn sie nach einer Tarifierhöhung rufen und zu gleicherzeit 40 Millionen für Spielereien und Protektionstrinkgelder verpulvern? Die Reichsbahn hat zur Zeit 19 Panzerzüge in Betrieb. Ist das notwendig? Unter diesen Umständen müssen ihre Drohungen mit Arbeiterentlassungen nur böses Blut machen. Mit Mühe und Not ist durch die Einführung von Kurzarbeit die Entlassung von 7 000 Werkstättenarbeitern vermieden worden. Jetzt droht die Reichsbahn, fast doppelt so viel Arbeitskräfte abzubauen.

Mit Brutalität sanieren, ist keine Kunst. Die Methode, bei irgendwelchen auftauchenden Schwierigkeiten kurzerhand die Arbeiter auf die Strasse zu werfen, ist bequem, aber sie wird darüber muss sich die Reichsbahn und mit ihr das ganze Unternehmertum im klaren sein von Tag zu Tag gefährlicher.

Wirtschaft Technik Handel

Ausgang der Zollfriedenskonferenz.

Von unserem Genfer Korrespondenten.

SPD. Genf, 25. März.

Die Genfer Zollfriedenskonferenz, die vom 17. Februar bis zum 24. März dauerte, hat, was die Länge von Völkerbundskonferenzen anbetrifft, einen Rekord aufgestellt. Dafür blieb unsere grosse Hoffnung unerfüllt: der europäische Zollfriede wurde auf ihr nicht geschlossen.

In der Hauptsache wurde der ungünstige und unbefriedigende Verlauf der Konferenz von 3 Momenten bestimmt. Einmal nahm Frankreich, das auf der Septemberversammlung 1929 zusammen mit England und Belgien Antragsteller für den Zollfrieden war, auf der diesmaligen Konferenz eine völlig andere Haltung ein. Es zeigte, dass es nationalwirtschaftliche Bedenken über eine europäische Regelung setzte. Dem entsprach die Einstellung eines anderen Landes, die Einstellung Italiens. Hier liegt eine der Ursachen, weshalb der Zollfriedensentwurf endgültig scheiterte. Zwar war die Haltung Frankreichs auch durch die Sorge vor einer Deflationskrise bestimmt. Während die französische Industrie bisher mit ausserordentlich niedrigen Unkosten, insbesondere mit niedrigen Löhnen arbeitete, hat man in der letzten Zeit Löhne, öffentliche Ausgaben usw. erhöhen müssen. Dieser Prozess der Angleichung der Unkosten in der französischen Produktion an die anderer Länder, der natürlich den Wettbewerb französischer Waren verringert, wird sich weiter fortsetzen, wird sich auch in der Wareneinfuhr nach Frankreich bemerkbar machen. Dafür will Frankreich freie Hand behalten.

Der andere Grund für das Scheitern des Zollfriedens waren die Agrarzölle der Industrieländer. Die süd- und osteuropäischen Staaten zeigten von Anfang an nur Interesse für ihre Agrarabsatzkrise, für den Absatz ihrer Agrarprodukte nach den Märkten der Industriestaaten. Sie forderten hier nicht nur die Herabsetzung der Agrarzölle der Industriestaaten, sondern man zielte dabei auf ein paneuropäisches Vorzugssystem ab, auf eine Planwirtschaft für europäisches Getreide. Darauf gingen die Industriestaaten in Rücksicht auf ihre eigene Landwirtschaft natürlich nicht ein. Das kühlte die Stimmung merklich ab und trieb die in Frage kommenden Agrarstaaten in einen Zustand offener Ablehnung der Zollfriedensaktion.

Der dritte Grund ergibt sich aus der handelspolitischen Situation. Rumänien hat zur Zeit sämtliche Handelsverträge gekündigt. Die österreichischen Nachfolgestaaten sind im Begriff, ein gleiches zu tun. In den Randstaaten liegt eine ähnliche Situation vor. Diese Staaten waren also darauf bedacht, sich unter keinen Umständen festzulegen.

Andererseits befürchtete man ein völliges Scheitern der Konferenz, weil man aus einem Fiasko den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Zollkrieges erwartete. Der Abschluss von neuen Handelsverträgen hat nun in Mittel- und Osteuropa so viel Schwierigkeiten gemacht, dass zuguterletzt kein Staat Neigung fühlte, dieselben noch zu vermehren - und die Gefahr, dass z.B. Belgien den deutsch-belgischen Handelsvertrag kündigt und einen schon bereitliegenden Entwurf mit viel höheren Zollsätzen präsentieren würde, war grösser als öffentlich zum Ausdruck gekommen ist. Ausserdem musste man sich darüber klar

sein, dass England aus einem Scheitern der Verhandlungen die Konsequenzen ziehen würde. England wäre selbstverständlich nicht mir nichts dir nichts zur Hochschutzzollpolitik übergegangen, aber man musste doch immerhin mit der Erhöhung von zahlreichen englischen Zollsätzen mit der Spitze gegen die kontinentale Wareneinfuhr nach England rechnen. Der englische Handelsminister liess die Anwesenden in Genf darüber nicht im Unklaren und benutzte dieses Moment, um ein einigermaßen positives Resultat sicherzustellen. So ist es schliesslich auch der Haltung und der Opferwilligkeit der englischen Delegation und den Delegationen der übrigen Freihandelsländer zu danken, wenn die Konferenz zu einem gewissen Ergebnis gelangte.

Das Ergebnis ist allerdings sehr mager. Die Handelskonvention stellt an sich eine erfreuliche Annäherung an die normale handelspolitische Situation der Vorkriegszeit dar und geht sogar über die Stabilität der Handelsbeziehungen vor dem Krieg hinaus. Ihre drei Grundsätze - Verlängerung der Handelsverträge mindestens bis zum 1. April 1931, Einspruchsrecht der Teilnehmer gegen die Erhöhung ungebundener Zölle, Verpflichtung der Freihandelsstaaten, nicht zum Schutzzoll überzugehen - könnten zweifellos eine ebenso gesunde Basis für eine Bereinigung der europäischen Handelsbeziehungen bilden, wie sie das Zollfriedensabkommen geschaffen haben würde. Aber niemand weiss, wie weit die Konvention Papier oder Wirklichkeit werden wird. In der letzten Plenarsitzung wurde z.B. ein französischer Antrag angenommen, wonach eine Konferenz der Signatarmächte und anderer eingeladenen Staaten im November den Zeitpunkt und die Bedingungen des Inkrafttretens der Konvention festsetzen soll. Andererseits ist in der Konvention ein Passus stehen geblieben, dass sie ab 1. April 1930 zu gelten hat. Das ist wohl ein juristisches und politisches Kuriosum. Es heisst auch dass die westlichen Hauptindustrieländer, also Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Holland, sich darüber einig geworden sind, zumindest bis November so zu tun, als wenn die Konvention für sie in Kraft wäre. Aber eine juristisch bindende Verpflichtung dafür besteht selbst dann nicht, wenn in absehbarer Zeit die Parlamente dieser Länder die Unterschriften ratifizieren sollten. Noch komplizierter wird die Situation, wenn die anderen Staaten bis zum November Zollmassnahmen trafen, die Gegenmassnahmen der Unterzeichner des Abkommens auslösen müssen.

Bleibt also nur die Hoffnung, dass die von der Konferenz geschaffene Grundlage in der nächsten Zukunft wirklich wird. Genf war ein erster Versuch, der zweifellos nicht geglückt ist. Damit braucht nicht gesagt zu sein, dass dieser Versuch überhaupt nicht glücken kann. Wir sind der Auffassung, dass die Verhältnisse die europäischen Länder gar bald zum Zollfrieden treiben werden. Für Deutschland insbesondere bleibt die Hoffnung, dass sich die für seinen Warenabsatz wichtigen Länder Frankreich und England wirklich durch die Genfer Abmachung gebunden betrachten. Dadurch würde, wie auch die juristische Erledigung der Genfer Konvention auslaufen wird, die notwendige Stabilisierung und Beruhigung der deutschen Handelsbeziehungen nach diesen Ländern gewährleistet.

SPD. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt weist für das verflossene Geschäftsjahr Einnahmen in Höhe von 73,29 Millionen Mark aus gegenüber 80,66 Millionen Mark im Vorjahr. Das Geschäft war also, der allgemeinen Entwicklung entsprechend, abgeschwächt. Ein Rückgang liegt besonders bei den Zinseinnahmen aus den Hypothekenarlehnen und bei den Zinseinnahmen aus Krediten und kurzfristigen Anlagen vor.

Die Handlungskosten haben sich um etwa 400 000 Mark auf 1,9 Millionen Mark gesteigert. Die Zinsen für Anleihen gingen von 57 auf 52,6 Millionen zurück. Bei den Abschreibungen auf Wertpapiere liegt eine Steigerung von 878 000 auf 1,021 Millionen Mark vor. So errechnet sich ein Reingewinn von 16,014 Mil-

Lionen Mark gegenüber 17,857 Millionen Mark im Vorjahr.

Im Geschäftsbericht selbst wird darauf hingewiesen, dass der Absatz von Pfandbriefen lähmend war, dass es sogar zu Rückflüssen früherer Emissionen gekommen ist; der als Ausdruck des Kapitalmangels anzunehmende hohe Zinsfuß von 8% musste für die Pfandbriefemissionen während des ganzen Jahres beibehalten werden, wobei das Absinken der Pfandbriefkurse nicht verhindert werden konnte. Für diese für den Agrarkredit ungünstige Entwicklung macht der Geschäftsbericht der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt die politische und wirtschaftliche Unsicherheit verantwortlich. Wir müssen deshalb daran erinnern, dass ein Mann, der den Kreisen in der Rentenbank-Kreditanstalt nahesteht, im Laufe des Jahres sein möglichstes getan hat, um die politische und wirtschaftliche Unsicherheit zu steigern. Wir meinen damit Herrn Hugenberg. So wirkt sich unverantwortliche Agitation auf den Agrarkredit aus. Für die Landwirtschaft dürften diese Zusammenhänge nicht ganz uninteressant sein.

Festgestellt wird auch im Geschäftsbericht der Rentenbank-Kreditanstalt, dass sich die Verminderung der allgemeinen Kaufkraft immer stärker auf die Lebensmittelpreise auswirkte. Gerade in letzter Zeit ist in der agrarischen Presse wieder der Abbau der industriellen Löhne gefordert worden. Diese Presse täte gut, sich im Geschäftsbericht der Rentenbank-Kreditanstalt, über den Zusammenhang zwischen der Kaufkraft des industriellen Proletariats und den Preisen der Agrarprodukte zu unterrichten.

Im Personalkredit des Unternehmens ergibt sich am Jahresschluss gegenüber den Ziffern des Vorjahres eine um 12 Millionen Mark erhöhte Inanspruchnahme. Die insgesamt als Personalkredite laufenden Beträge beziffern sich auf rund 282 Millionen Mark. Die Rückzahlungen (erste Rate der Abzahlungskredite A), die im Dezember 1929 fällig war, ist im grossen und ganzen pünktlich eingegangen. Im Realkredit macht sich der Umschwung auf Grund der Annahme des Youngplanes bemerkbar. Der Geschäftsbericht konstatiert für den Schluss des Jahres 1929 und für den Beginn des Jahres 1930 eine Besserung.

Der für die Gewährung von Zwischenkrediten für die ländliche Siedlung bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt bestehende Siedlungsausschuss hat im Jahre 1929 = 47,738 Millionen Mark aus Mitteln des Reiches an Krediten bewilligt. Zusammen mit den in den Jahren 1926 bis 1928 genehmigten Krediten (rund 123,737 Millionen Mark) sind den Siedlungsunternehmungen 171,476 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

Bei der Deutschen Rentenbank sind sich die Ertragnisse mit 2,912 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Der Reingewinn macht 2,761 Millionen Mark aus gegenüber 2,781 Millionen Mark im Vorjahr.

SPD. Die Rechtspresse bringt Nachrichten, wonach die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) abermals ihre Tarife erhöhen will. Der Wunsch ist natürlich der Vater des Gedankens. Man will mit derartigen Nachrichten Unruhe in die Bevölkerung tragen. Die Dinge liegen bei der BVG so, dass sie um einen Kredit in Höhe von 80 Millionen Mark mit der Danatbank verhandelt. Auf diesen Kredit ist die BVG angewiesen. Ihre schwierige Situation wird von den Banken zu äusserst harten Bedingungen für den Kredit ausgenutzt. U.a. nehmen die Banken das Recht in Anspruch, über eine Tarifierhöhung zu verfügen, falls die BVG ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Zu diesen Bedingungen haben die entscheidenden Instanzen noch nicht Stellung genommen. Von einer Erhöhung der Verkehrstarife in Berlin kann deshalb keine Rede sein.

Unsicher.

(Berliner Getreidebörse vom 26. März)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Mittwoch in unsicherer, vorwiegend zur Schwäche neigender Haltung. Das Angebot an effektivem Weizen hat sich etwas verstärkt. Bei den matten Auslandsmeldungen und dem wieder völlig unbefriedigenden Mehlgeschäft war jedoch die Kauflust nur gering; die Preise konnten sich kaum behaupten. In Roggen war das Angebot sehr knapp; jedoch mussten hier die Preise nachgeben, da die Mühlen nur wenig Ware aufnahmen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisrückgänge von $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ Mark für beide Brotgetreidearten festzustellen. Mehl war billiger angeboten, ohne jedoch Käufer zu finden. Nur im Haferhandel konnten sich die Preise gut behaupten.

	<u>25. März</u>	<u>26. März.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	247 - 248	246 - 248
Roggen	142 - 145	141 - 144
Braugerste	162 - 172	162 - 172
Futter- und Industrierogerste	143 - 153	143 - 153
Hafer	128 - 138	128 - 137
loco Mais Berlin	163	165
Weizenmehl	27,25-35,00	27,26-34,85
Roggenmehl	20,65-23,90	20,50-23,75
Weizenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00
Roggenkleie	8,50- 9,00	8,75- 9,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März - (Vortag-), Mai $263\frac{1}{2}$ und Brief (265), Juli $268\frac{3}{4}$ - $267\frac{1}{2}$ (270). Roggen März - (157), Mai $160\frac{1}{2}$ und Geld ($161\frac{3}{4}$). Juli 166 und Geld ($168\frac{1}{2}$). Hafer März - (-), Mai $138\frac{1}{2}$ -139 Geld ($141\frac{1}{2}$); Juli $145\frac{3}{4}$ -146 ($147\frac{1}{4}$).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 26. März: I. 142 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Die Allgemeine Genossenschaftsbank in Prag, die vor etwa 10 Jahren von den Arbeitergenossenschaften und den Konsumvereinen gegründet worden ist, hat sich auch im verflissenen Geschäftsjahr gut entwickelt. Der Reingewinn beträgt 1,1 Millionen tschechische Kronen.

SPD. Die Köln-Lindenthaler Metallwerke A.G. weisen für das verflissene Geschäftsjahr einen Verlust von 190 000 Mark aus (im Vorjahr 5% Dividende). Der Verlust wird auf das ungünstige Fahrradgeschäft zurückgeführt.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 26. März 1930.

Der ägyptische Wolf.^x

SPD. Vor etlichen Jahren ereignete sich auf einer ägyptischen Zucker-
rübenplantage der folgende Vorfall: Ein deutscher Farmer, der erst seit kurzem
Besitzer der Rübenfelder war, und Selim, sein Oberaufseher, schlepten in al-
ler Herrgottsfrühe einen länglichen, schweren Gegenstand, der in einer Strohmä-
te eingebunden war, aus dem Farmhof den kleinen Pfad hinab nach dem Nil. Dort
angekommen, ruderten sie ihre Last in einem Kahn ein Stück in den Strom hinaus
und warfen dann das riesenhafte Paket ins Wasser: ein Patsch -- und im nächs-
ten Augenblick rauschten die ewigen, verschwiegenen Wogen darüber hinweg.

Dies alles geschah mit heimlicher Hast und in grösster Aufregung.

+ + +

Kurze Zeit vorher hatte Selim eines Nachts seinen Herrn aus dem besten
Schlummer geweckt. Noch ganz schlaftrunken und sehr erzürnt hatte der Farmer
gefragt, was es denn gäbe. Selim, der sonst unendlich Gutmütige, schien dies-
mal eine Berserkerwut zu haben; seine grossen schwarzen Augen funkelten in un-
heimlichem Zorn; über das ganze dunkelbraune Gesicht zuckte ein heftiges Wet-
terleuchten; die sonst so lustigen Krauselhaare wirbelten in düsterem Sturm;
Arme und Beine rotierten emsig; ja, selbst die treuherzigen Ohrläppchen wackel-
ten erbost.

"Herr, Herr, ohhh -- kommen, schnell, schnell -- -- Wolf stehlen uns
Rüben!"

"Wer stieht uns die Rüben??!"

"Wolf! Verdammter Wolf!! -- -- Ich schiessen?? -- -- O, ja, ich schies-
sen!!!"

Der Farmer überlegte den Bruchteil einer Sekunde: ein Wolf, der Rüben
stiehlt? . . . Aber schon im nächsten Augenblick gab er sich einen mächtigen
Ruck, sprang aus dem Bette und langte, wilde Flüche gegen Selim ausstossend,
nach einem seiner Reitstiefel. Selims Gedanken verliessen im Nu den Wolf und
konzentrierten sich auf die gegenwärtige Situation. Nachdem er dem ersten Wurf-
geschoss graziös ausgewichen war, flitzte er mit unbeschreiblich elegantem
Sprunge hinaus, sodass er das Donnern des zweiten Stiefels an der Türe nur noch
von ferne grollen hörte.

Trotz der Behendigkeit seines Gebieters hatte Selim aber doch noch Zeit
gefunden, die Einstellung des Farmers zur Frage "Wolf" zu erfassen: er dürfe
also nicht schiessen und müsse seinen Herrn schlafen lassen!

-- -- Verdammter Wolf! -- -- Aber schliesslich sind es ja nicht seine
Rüben, die da gestohlen werden. Und er begab sich, seelisch wieder so halbwegs
ausbalanciert, zur Ruhe.

Der Farmer überlegte im Bette noch einmal: Ein Wolf und Rüben fressen!
Das war doch zum Brüllen. Dann schlief er auch ein, lächelnd.

Am nächsten Morgen hielt Selim es für ratsam, das Thema "Wolf" unberührt
zu lassen. Der Farmer hatte das nächtliche Intermezzo schon wieder vergessen:
sein Nachbar war auf Besuch gekommen und bis spät am Abend geblieben. Der Fär-
mer hatte seinen Gast dann noch ein gutes Stück heimbegleitet.

Gerade, als er langsam in seine Farm eintritt, kam ihm Selim in verzweif-
ter Aufregung entgegen gelaufen und bat ihn unter Tränen, den Wolf, der schon

wieder da gewesen sei und ihm sein neues Galabijah (das hemdartige Gewandt der Fellachen) gestohlen habe, erschossen zu dürfen. Der Farmer stoppte sein Pferd: entweder ist der Arme verrückt geworden, oder -- ja, was, oder? Ein Wolf, der Zuckerrüben und Kleider frisst??! Na, er werde ja sehen. Und er gab Selim, dem der Verlust seines neuen Galabijahs schrecklich nahe ging, die Erlaubnis, den Wolf zu schiessen. Selim rannte wie besessen davon und blieb die ganze Nacht aus.

Sehr zeitig am nächsten Morgen weckte er, heftig keuchend und mit schweisbedecktem Gesicht, das triumphierend strahlte, abermals seinen Herrn.

"Na, wo ist dein Wolf?"

Selim wies mit cäsarenhafter Geste nach dem Fenster und sagte nur: "Hof!" Der Farmer ausserordentlich neugierig, was er zu sehen bekommen werde, zog sich schmunzelnd an. Dann gingen beide hinaus.

In der Mitte des Hofes war eine Strohmatte über etwas ausgebreitet. Der Farmer hob sie auf und -- starrte leichenblass auf den Boden. Dort lag ein toter, blutüberströmter Eingeborener mit weit geöffnetem, gelbem Munde und gläsernen, fahlen Augen.....

Es handelte sich, wie Selim seinem entsetzten Herrn nur mit allergrösster Mühe verständlich machen konnte, um einen Beduinen, der dem vagabundierendem Stamme der "Wölfe" angehörte.....

Harald Spitzer.

Der Feldwebel auf dem Thron.^x

Von Voltaire.

SPD. Als ich im Jahre 1740 in Brüssel weilte, starb in Berlin Friedrich Wilhelm, der grobe König von Preussen, der unerträglichste und unbestreitbar sparsamste und an barem Gelde reichste aller Monarchen. Sein Sohn (Friedrich II.), der sich einen so ausserordentlichen Namen gemacht hat, unterhielt mit mir seit mehr als vier Jahren einen regelmässigen Briefwechsel.

Es gibt vielleicht auf der ganzen Welt keinen Vater und Sohn, die sich so wenig ähnelten, wie diese beiden Könige. Der Vater war ein wahrer Vandal, der während seiner ganzen Regierungszeit an nichts anderes dachte, als Geld zu hamstern und zu möglichst geringen Kosten das schönste Heer Europas zu unterhalten. Niemals waren Untertanen je ärmer als in seinem Reiche, und niemals gab es je einen reicheren König als ihn. Zu Schleuderpreisen hatte er einen grossen Teil der Ländereien seines Adels zusammengekauft, der innerhalb kurzer Zeit das bisschen Geld, das aus diesem Geschäft herausprang, verpulverte und noch dazu die Hälfte des Erlöses in Form von Steuern an die königliche Schatzkammer hatte abführen müssen. Alle königlichen Ländereien wurden von Steuereinnehmern verwaltet, die zu gleicher Zeit Halsabschneider und Richter waren. Und zwar derart, dass, wenn ein Bauer den Verpächter zum festgesetzten Termine nicht bezahlte, dieser Grossagrariar seinen Richterrock aus dem Schranke nahm und den Uebeltäter zum doppelten Betrage verdonnerte. Man muss allerdings bedenken, dass, falls andererseits der Richter am Monatsende seinen Pachtzins an den König schuldig blieb, er ebenfalls für den kommenden Monat den doppelten Betrag zahlen musste. Tötete jemand einen Hasen, schnitt er von einem Baume aus dem königlichen Forste einen Zweig ab, oder beging er ein anderes Verbrechen, so hatte er eine Geldbusse zu zahlen. Bekam ein Mädchen ein Kind, dann mussten die Mutter oder der Vater oder die Verwandten dem Könige Geld geben, "um die Sache in Ordnung zu bringen". Die Baronin von Kniephausen, die reichste Witwe von Berlin -- sie besass eine Jahresrente von sieben- bis achttausend Livres -- wurde angeklagt, im zweiten Jahre ihres Witwentums einen königlichen Untertanen auf die Welt gesetzt zu haben. Der König schrieb ihr eigenhändig, dass sie, um

ihre Ehre zu retten, auf der Stelle dreissigtausend Livres an die Schatzkammer abzuliefern hätte. Sie musste sich das Geld leihen und war ruiniert.

Im Haag hatte der König einen Gesandten namens Luiscius. Er war gewiss von allen Vertretern gekrönter Häupter der am schlechtesten bezahlte. Dieser arme Kerl liess, um sich Heizmaterial zu beschaffen, einige Bäume in dem Park von Hons=Lardik, das damals noch dem preussischen Königshause gehörte, fällen. Bald darauf erhielt der Gesandte eine Depesche seines Königs und Herrn, in der die Sperrung seines Gehaltes auf ein Jahr verfügt wurde. Der verzweifelte Luiscius wollte sich mit dem einzigen Rasiermesser, das er besass, die Kehle durchschneiden. Ein alter Diener eilte dem Gesandten zu Hilfe und rettete ihm unglücklicherweise das Leben. - - -

Es steht fest, dass die Türkei eine Republik ist, gegenüber dem Despotismus, der von Friedrich Wilhelm ausgeübt wurde.

Durch solche Mittel gelang es ihm, innerhalb einer Regierungszeit von 28 Jahren in den Gewölben seines Berliner Palastes ungefähr 20 Millionen Taler zusammenzuhamstern, die in mit Eisen beschlagenen Fässern wohl verwahrt waren. -

Der Monarch verliess diesen Palast stets zu Fuss, in einen schäbigen blauen Tuchrock gekleidet, der ihm nicht bis an die Knie reichte. Wenn er sich ein neues Gewand kaufte, liess er seine alten Knöpfe wieder annähen. In diesem Aufzuge inspizierte Seine Majestät, mit einem Korporalstock bewaffnet, jeden Tag sein Regiment der Riesenkerle. In seiner Manie glaubte der alte Geizkragen, dass eine Armee von hunderttausend Schlaksen wie diesen ein ausgezeichnetes und unwiderstehliches Mittel zu Raub- und Eroberungszügen wäre. Nach der Anwerbung von Riesen hielt er auch nach Riesenweibern Ausschau. Alle weiblichen Kanonen des Königreichs, so berichtet G. Le Motre, wurden wie die Sabinerinnen von Werbem entführt und mit Gewalt mit den langen Grenadiern verheiratet. Diese Fastnachtslaune rief in ganz Preussen einen noch nie dagewesenen Schrecken und in dem übrigen Europa ein homerisches Gelächter hervor. Die pikantesten Anekdoten waren im Umlauf. Man erzählte zum Beispiel, dass der grobe Friedrich Wilhelm, als er eines Tages incognito in der Nähe von Potsdam spazieren ging, einer grossen und kräftigen Bauerndirne begegnete, die mit langen Schritten in die Stadt eilte. Er schrieb rasch ein paar Zeilen auf einen Zettel, rief die Vorübergehende an und bat sie, einen Auftrag zu besorgen und das Schriftstück dem Platzmajor in Potsdam zu übergeben. Das dralle Mädchen steckte die Botenschaft ein, deren Inhalt es nicht kannte, weil es des Lesens unkundig war. Aber da die Besorgung des Auftrages einen Umweg erforderte, vertraute die Bauerndirne den Brief mit Hilfe eines Groschens Trinkgeld einem lahmen, verhutzelten alten Mütterchen an, das an der Garnisonkirche bettelte. Das alte Weib nahm seine Krücken und machte sich humpelnd auf die Socken, um das Schriftstück an seine Adresse zu bringen. Der Platzmajor nahm das Schreiben in Empfang, las es durch und betrachtete die Botin mit blöden Augen. In dem Briefe stand: "Order, das Frauenzimmer, das dieses Schreiben überbringt, sofort mit dem Tambour-Major des Ersten Garde-Regiments zu paaren!" Und unterzeichnet war der Brief: "Friedrich Wilhelm, rex."

Widerspruchsloser Gehorsam ist eine militärische Tugend. Der Offizier zögerte keinen Augenblick. Der Tambour-Major noch weniger....Und...., der Befehl des Königs wurde ausgeführt!.....

(Deutsch nach der ungekürzten Original-Ausgabe von B.M.V.)

Draussen vor den Toren.

SPd. Endlich ist der langersehnte Frühling eingezogen. Und was die Wirklichkeit noch nicht hergibt, das ersetzen Wunsch und Hoffnung.

Während man drinnen in der "City" noch bei der kaltgewordenen Heizung fröstelt und jeder neue Tag immer wieder die strittige Frage aufwirft "Winter= oder Frühjahrmantel?", hat draussen vor den Toren der Stadt schon längst der Frühlingbetrieb eingesetzt, überstrahlt von einer freundlichen Sonne, deren Wärme vom kräftigen Nord=Nordost noch manchmal absorbiert wird. Aber wen stört das schon? Weder die Motorradfahrer, die mit roten Nasen, von der Soziusfreundin nur dürftig erwärmt, über die Landstrassen jagen, - noch die Automobilisten in ihrer warmen Limousine, - am wenigsten offenbar jedoch die Vielen, die draussen ihren kleinen Garten haben, eine kleine Laube, ein Obstbäumchen und eine Bank, auf der man an langen Sommerabenden nach getaner Arbeit sitzen und seine Pfeife rauchen wird.

Emsig spaten Vater und Mutter die duftende, satte Erde um. Töchterchen und der Jüngste schleppen Eimer jenes kostbaren Stoffes, der, seitdem das Automobil das Pferd immer mehr verdrängt, nun auch immer seltner und kostbarer wird, - während dem ältesten Herrn Sohn die feierliche Handlung zufällt, die Bretterbude, Sommerlaube genannt, die Bank und das Gitter neu anzustreichen. Grün natürlich. Und man sieht ihm an, dass er das kleine, dürftige Kirsch= oder Apfelbäumchen am liebsten auch noch anpinseln möchte.

Kaum lässt man sich Zeit, dem Nachbarn ein paar freundliche Begrüssungsworte zuzurufen. Man hat ja viel nachzuholen....!

Beete, einen halben Meter im Quadrat, - zwei Nelkenstöcke, Petersilie, Schnittlauch, dicke Kolrabi, - herrlich, herrlich! - die Laube, die Bank, die kleine, flatternde Fahne oben auf dem Dache der Hütte, - - kein Gutsbesitzer mit vielen tausend Morgen Land kann glücklicher sein als diese Menschen mit ihrem Stückchen Erde, das sie, wenn sie sich an den Händen halten, bequem und reichlich umfassen.

Der Winter brachte Arbeit, Schlaf und Radio. Das Frühjahr bringt das Wichtigste wieder: den kleinen eigenen Garten. Das Radio mag einrosten! Regen und Sturm und sonstige Abhaltungen werden zu persönlichen Beleidigungen. Wenn Vater von der Arbeit, aus dem Büro heimkommt, steht das kleine Leiterwägelchen mit dem Handwerkszeug schon bereit. Mit Halloh und strahlendem Gesichte geht es durch die verkehrsdurchhetzten Strassen der Stadt, - hinaus "aufs Land".

Jeder Spatenstich wird zur Andacht. Das erste Sprossen des selbstgesäten Spinats, die erste Blüte der selbstgepflanzten Blume wird zum Gebet, das man mit Inbrunst verrichtet. Wehe dem Schänder, der es wagen sollte, diese erste Blüte abzureissen, oder aus Ungeschicklichkeit das frischbestellte Beet betritt! Rache, Verachtung für ihn! Eine kleine Familientragödie. Vielleicht könnte man aus dieser Grosstadtsehnsucht eine tiefe Weisheit ziehen? - Ach, Verzeihung! Der Umgang mit Erde und Pflanzen stimmt zu philosophischen Betrachtungen.

Wie herrlich ist es dann, wenn erst der eigene Salat in der Schüssel auf dem Tische prangt, eigene Petersilie den Braten garniert, eigene Aepfel von eigenem Baume zum winzig kleinen Kuchen verwandelt auf dem Sonntagstische duften? Es dauert noch lange bis dahin. Aber - soll man die Zeit zählen, wenn jeder Tag, jeder Spatenstich, jedes Wachsen ein Riesenmass ungehemmter Vorfriede bringt?

Noch sind die Abende kühl und regnerisch. Die Bank ist ja auch noch frisch gestrichen. Auch die kleinen Damen auf den Soziussätteln frieren.

Zwischen Autos und Motorrädern ziehen fröhliche Menschen ihr Leiterwägelchen nach Hause. Der Abend gehört der Zeitung - oder dem Kino. Das Handwerkszeug im Wagen bringt den Duft der Frühlingserde mit in die Stadt. Und die Herzer der Menschen den Frühling selbst. Denn für die Vielen, die so heimziehen, die

einen schweren, oft sorgenvollen und leeren Winter hinter sich haben, bekommt das Leben eine neue Bestimmung, eine neue wertvolle Aufgabe. Ihr kleiner Garten - draussen vor den Toren.

Carl Otto Windecker.

Lied des Wirtschaftsparteilers.

Grüss Gott, verehrliche Damen
Und Herren, ich bin so frei,
Mein Inneres auszukramen.
Ich heisse Pachulke mit Namen
Und wähle nur Wirtschaftspartei.

Ich leg' in den Schoss meine Hände;
Ich habe ja schliesslich ein Haus.
Aus diesem beziehe ich Rente,
Und damit bin ich bis ans Ende
Meines Lebens bestimmt fein heraus.

Ich habe mein reichliches Essen
Und schwärme für Hjalmar Schacht.
Ich habe kaum Kunstinteressen,
Doch hab' ich noch niemals gesessen
Und niemals mich strafbar gemacht.

Ich betone in Haltung und Kleidung
Den bürgerlich=ehrbaren Zug.
Ich bin geistig ganz ohne Bedeutung
Und les' nur die Grundbesitzzeitung,
Aber das ist Lektüre genug.

In seltsamen Intervallen
Durchflutet ein Sehnen mich.
Da seh' ich den Mieterschutz fallen.
Seinen Drang zu den Hochidealen,
Den trägt schliesslich jeder in sich.

Man schiebt mir manchmal in die Schuhe,
Ich wäre ein Reaktionär.
Ich bin nur für Ordnung und Ruhe,
Und das ganze politische Getue
Verfolge ich nur nebenher.

Ich lebe mein Leben in Musse,
Bin gern auch beim Meckern dabei.
Mit treudeutschem Mittelstandsgrusse
Bin ich allzeit der ewig Konfuse,
Der Spiesser der Wirtschaftspartei.

Jodok.

Salomon Gesner.

SPD. Eine der eigenartigsten Erscheinungen, die wir aus der Geschichte der Kunst kennen, ist der Idyllendichter, Maler und Radierer Salomon Gesner, der am 1. April vor 200 Jahren in Zürich geboren wurde. Heute erscheinen uns seine Idyllen veraltet, geziert und in der Ausdrucksweise recht umständlich. Auch seine Gemälde und Radierungen wirken wie aus einer vergangenen Welt. Dennoch geht von ihnen eine höchst eigentümliche Wirkung aus, die es durchaus verständlich macht, dass Gesner zu seiner Zeit einer der beliebtesten Autoren und Künstler gewesen ist.

Als Sohn eines Buchhändlers ist Gesner in Zürich geboren. Als Buchhändler, Verleger, geachteter Bürger und Familienvater ist er auch am 2. März 1788 in Zürich nach einem geruhsam geniesserischen Leben gestorben. Ganz allgemein gilt er als ein Künstler, der in der Uebergangszeit vom Rokoko zum Klassizismus seiner Auffassung von einer Rückkehr zur Natur und zur stillen Einfachheit, wie sie Winckelmann als Grundsatz geprägt hatte, unermüdlichen Ausdruck gab. Er ist ein ausgesprochener Dilettant und Autodidakt, der zeichnerisch und technisch bestimmte Mängel nicht zu vermeiden wusste. Gerade dadurch jedoch kommt die natürliche Anmut, die ihm eigen ist, in frischer Weise zur Geltung, zumal da er eine ausgesprochene Originalität der Naturbeobachtung besitzt. Für eine Zeit, in der die sogenannten bedeutenden Künstler ihre Hauptaufgabe darin sahen, nach Gipsmodellen und engen Vorstellungen grossartige Szenen auf Grund antiker Heldensagen zu schaffen, berührt sein Naturgefühl umso sympathischer, besonders auch, weil er bei allem Schwelgen in arkadischen Stimmungen niemals einer starren Geste verfällt, sondern eher sich einen leichten Anflug von Humor bewahrt hat, der die Vignetten und Randleisten bezaubernd macht, mit denen er seine eigenen Schriften schmückte. Für den bildenden Künstler Gesner ist es überhaupt bezeichnend, dass er niemals übertreibt. Immer wieder hat man das Gefühl, dass er sich der Grenzen seines Talents bewusst bleibt. Darin beruht der Zauber seines Werkes, das einer (in ihren bescheidenen Grenzen) vollkommenen Persönlichkeit entspringt.

Dass Gesner viel mehr zum Rokoko als zum Klassizismus gehört, kommt auch in seiner finanziellen und künstlerischen Beteiligung an einer neugegründeten Porzellanfabrik bei Zürich zum Ausdruck. Ganz im Sinne des Rokoko wurden dort Porzellane gebrannt, für die Gesner den Dekor entwarf. Wenn auch die Fabrik sich nicht rentierte, so brachte man dort doch sehr eigenartiges Porzellangeschirr heraus, das an dem rokokhaften Empfinden Gesners keinen Zweifel lässt. Deshalb ist es verfehlt, in ihm hauptsächlich den Vertreter einer Richtung zu sehen, der in feinfühlig, aber markloser Weise vom Rokoko zum Klassizismus hinüberleitet. Seine Auffassung ist durchaus nicht so verschwommen, wie man mitunter anzunehmen geneigt ist. Nur darf man sie nicht vom Standpunkte des strengen Klassizismus aus bewerten. Es ist im Grunde ein rückwärts gerichtetes Lebens- und Stilgefühl, das nur auf der Basis eines bürgerlichen, sogar spießbürgerlichen Daseins gedeiht. Andere Künstler jener Zeit und in ähnlichen gesellschaftlichen Verhältnissen strengten sich an, mehr zu sein, als sie tatsächlich waren. Gesner blieb seiner Art treu, wie er auch seine künstlerischen Absichten nicht übertrieb. Darin liegt das Geheimnis seiner Wirkung beschlossen. Man teilt sein eigentümliches Empfinden, erkennt, wo er seine klaren Beobachtungen natürlich in seine Darstellung umsetzt, und freut sich immer an der Fülle unverdorbenen und bescheidener Anmut.

Dr. Otto Brattskoven.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

29)

SPD. Denn er hat Furcht vor mir! Er schleicht sich heran wie eine Ratte, und wenn er mich sieht, grinst er und zittert....Ein abscheulicher Kerl!Aber er ruft mich immer noch. Und er ruft mich von oben. Unglaublich! Eben glaubte ich, aus dem Dienstzimmer....Ich gehe hinauf....Niemand....Er ruft mich wieder von oben! Niemand in der Laterne...Ich gehe auf die Terrasse....Nur der Himmel war noch über mir....Und er ruft mich wieder von oben!!! Er konnte doch nicht im Himmel sein! Genug! Genug! Ich leide diese Feigheit nicht mehr! Ich, ich will nicht mehr!

Dieser Mann muss fort! Er muss! Ich habe schon versucht, ein Ende zu machen! Aber der Feigling hatte sich in seinem Zimmer eingeriegelt! Denn er ist ein Feigling! Wenn ich ihm den Teil seines Gehirnes wegnehme, in dem die Feigheit sitzt? Ich brauche ihn nur den Kopf zu öffnen, wie man ein weiches Ei zerschlägt!

Eben hat diese Natter sich bei mir einzuschleichen versucht! Um mich zu rufen! Ich habe mich an seine Fersen geheftet! Er war weiss wie ein Tischtuch. Er hatte das Notsignal in der Hand und wollte es hissen! Dieser Flaquet! Will wohl andere herbeirufen, um sich helfen zu lassen, dieser Feigling. Die, die schon hier sind, genügen dir wohl nicht! Ich habe den Kerl gepackt, die Fahne, alles, alles, und die Treppe hinuntergestürzt! Holterdipolter! Ein schöner Anblick.

Ja! Eine kleine Aenderung im Gehirn! Ich werde dich lehren...Du wirst brav und höflich werden....Du wirst schon sehen!

....Nein!....

Ich werde von morgens bis abends gegen die Regierung einen Prozess anstrengen - das lasse man sich gesagt sein. Ich werde ihn schon packen, diesen Packer des Unglücks und der vier Himmelsrichtungen der Welt!

Ich habe endlich das Mittel gefunden, um diesen Flaquet einzuschüchtern. Er gleicht den Wilden. Man muss Eindruck auf ihn machen. Fanfaren! Ich werde mich in meinen ruhmvollen Purpur kleiden und mit der Krone auf dem Haupte und dem Zepter in der Hand ihn niederschmettern! Meine Majestät! Schwein! Schwein! Schwein!

Kaiserlicher Purpur über meinem Rücken, über meinem ganzen Ich!!! Die goldene Krone! Massiv....Ich bin gross. Ich bin stark. Alles muss zurückweichen!

Ich befehle:

Diesen Ort der Verbannung in einen Palast umzuwandeln! Allen, die hier und anderswo sich aufhalten, tue ich kund und zu wissen: ich....

Das Kaiserliche Rot!!! Ich habe gesprochen...."

Fouché blätterte erschüttert in den Seiten. Er fragte sich, ob dieses seltsame Dokument nicht das Werk einer phantastischen Vorstellungskraft sei. Aber nein. Georges Thulier lebte. Quémeneurs Bericht war ein tragischer Beweis dafür.

"Als die Marie=Jeanne" - hiess es in seinem Protokoll - "am Leuchtturm: anlegte, fand man den Wächter Redec krank vor Angst und Georges Thulier, den anderen Wächter, im Dienstzimmer vor. Der Unglückliche hatte sich in einem Anfall von Wahnsinn vollkommen ausgekleidet; er hatte sich den Körper mit roter Farbe angeschmiert. Auf dem Kopf hatte er ein eingebeultes Kochgeschirr. Er hielt eine Brille in der Hand, kletterte auf einen Tisch und weigerte sich herunterzukommen. Es war mit grossen Schwierigkeiten verknüpft, ihn zu fangen und gefesselt zur Polizeiwache in Le Conquet zu bringen, wo er sich noch befindet. Man erwartet weitere Anweisungen....."

VIII.

Als Herr von Croixdalle gemessenen Schrittes sein Arbeitszimmer in Quimper betrat, in dem Georges Fouché auf ihn wartete, sah er den Ingenieur nachdenklich mit aufgestütztem Kopf am Tisch sitzen.

"Nun, mein Freund?...."

Fouché stand auf.

"Verzeihung, ich hatte Sie nicht gehört...."

"Sie scheinen Sorgen zu haben....Gibt es irgendeine neue Unannehmlichkeit?"

Mit der ganzen Lebhaftigkeit eines Menschen, dessen Sorgen sich zu lange an gesammelt haben und nicht zum Ausdruck gekommen sind und nun mit einem Schlage herausgesprudelt werden, erklärte Fouché ohne Umschweife: "Dieser verfluchte Teufelsfelsen wird uns, glaube ich, so lange zu schaffen machen, wie noch ein Stein auf dem anderen steht...."

Herr von Croixdalle liebte keine deklamatorischen Erklärungen. So versuchte er die kommende Kundgebung zu verhindern und fragte mit aller Leichtigkeit, über die er verfügte: "Auf Wort, mein Lieber, Sie werden bretonischer Bretone!.. Sie, ein Mann der Wissenschaft, sind ja leichtgläubiger als, als...."

Er suchte, dann sagte er mit Genugtuung, einen ungewöhnlichen Vergleich gefunden zu haben: "Als ein Dudelsackspieler."

"Was wollen Sie", entgegnete Fouché, "allerdings ist die Wissenschaft stark,....Aber in unserm Falle kämpft sie gegen etwas Unbekanntes....Natürlich weiss ich, dass die Geschichte vom Teufel nicht Stich halten kann....Immerhin, wenn man sich alles vergegenwärtigt...."

Und er zählte an den Fingern ab: "Da ist der Mann, der von der Nacht verschlungen wird. Ein anderer stirbt. Im darauffolgenden Winter verschwinden zwei Wächter zusammen. Wie? Warum? Geheimnis. Gegen Weihnachten reicht Houarz, ein ausgezeichnete Beamter, infolge eines sonderbaren Abenteuers seine Entlassung ein, ohne Angabe von Gründen. Und gestern erfahre ich, dass Georges Thulier, der letzte Wächter, einen Tobsuchtsanfall gehabt, der seine Internierung nötig machen wird."

"Nicht möglich?"

"Ich bin eigens gekommen, um Ihnen diese Mitteilung zu überbringen und zu beraten, welche Massnahmen ergriffen werden sollen. Das verwirrt mich natürlich...., Sie wissen selbst, mit was für einer Begeisterung ich den Entschluss zum Bau begrüßte. So lange man sich rein materiellen Schwierigkeiten gegenüber sah habe ich mich mit gleichen Waffen verteidigt. Aber ich muss gestehen, dass ich mich heute entwaffnet fühle. Es scheint unsere Kräfte zu übersteigen, einen Gegner zu bekämpfen, der stets gegenwärtig und doch stets auf der Flucht ist. Uebrigens werden wir, rein verwaltungstechnisch gesprochen, viel Mühe haben, neue Wächter zu finden. Man hat mir von einem gewissen Kerroch erzählt, es scheint jedoch ein etwas wüster Bursche ohne gute Führung zu sein, der uns Unannehmlichkeiten verursachen könnte. Nein, wirklich, ich habe meine Energie verloren."

Herr von Croixdalle versuchte zu scherzen: "Hören Sie, lieber Freund, lassen Sie Ihr Herz nicht in die Hosen fallen!"

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

149. Sitzung vom 26. März 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs zur Änderung der Pachtschutzordnung. Die Pachtschutzordnung soll d. nach bis zum 30. September 1931 verlängert werden.

Abg. Tempel (Soz.):

Diese reichliche Verlängerung wird damit begründet, dass die Neuregelung noch nicht fertig ist. Dabei ist ein Zusammenstoß zweier Weltanschauungen zu erwarten, nämlich der bürgerlichen, die das Grundeigentum unabhängig von der Person des Eigentümers anerkennt, und der sozialistischen, die vor allem auf Arbeit ein Recht am Boden gründet. Der Ausgleich zwischen diesen beiden Auffassungen wird nicht leicht zu finden sein. Man wird natürlich den Behörden den Pächtern und Verpächtern genügend Zeit lassen müssen, sich auf die Neuordnung einzustellen. Aus diesen Gründen geben wir, wenn auch sehr ungern, unsere Zustimmung zu dieser neuen Verlängerung, die bereits die sechste oder siebente ist. Wir möchten aber nicht, dass unsere Zustimmung missdeutet und zum Anlass genommen wird, die Neuordnung noch weiter zu verzögern. Je schneller, desto besser wird die endgültige Regelung der heutigen Rechtsunsicherheit ein Ende machen. Von den gut 5 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben sind rund 3 Millionen an der endgültigen Regelung des Pachtrechts unmittelbar interessiert und zwar in derselben Masse, wie die Arbeiter an der Regelung von Lohn und Arbeitszeit. Solange der Pächter nicht die Sicherheit hat, den Grund weiter bewirtschaften zu können, gegen willkürliche Kündigung und Preissteigerung gesichert zu sein, und einen Rechtsanspruch auf die Erstattung der Verbesserungskosten zu haben, wird er wesentliche Verbesserungen kaum vornehmen. Es spricht also auch ein starkes wirtschaftliches Interesse, das der Rationalisierung und Intensivierung für schnelle Neuordnung. Unsere Forderungen liegen im Interesse von Millionen Pächtern. Wir hoffen, dass die Reichsregierung diese Forderung verwirklichen und sich auch andere Parteien uns anschließen werden. Nur in dieser Erwartung stimmen wir dieser hoffentlich letzten Verlängerung zu. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Putz (Komm) protestiert gegen die weitere Hinausschiebung der endgültigen Neuordnung des Pachtrechts.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. - Es folgt die erste Beratung des Notetats für 1930.

Abg. Torgler (Komm): Alle Jahre wieder - kommt ein Notetat - in den Reichstag wieder! Vor zwei Jahren hat sich der sozialdemokratische Redner Severing über diese Methode stark entrüstet. Damals war er in der Opposition, heute ist er Minister; aber die Methode hat sich nicht geändert. Dieser angebliche Notetat ist in Wirklichkeit ein Ermächtigungsgesetz, durch das die Regierung ermächtigt wird, die Ausgaben bis zu einem Viertel des Gesamtetats für 1930 nach Belieben zu gestalten. Das erfordert geradezu okkultistische Begabung, denn der Etat für 1930 liegt noch garnicht vor. Bei den Saargänger-Unterstützungen sind 5 Millionen abgezogen, bei den Unterstützungen für die Lufthansa 6 Millionen zugelegt worden. Für die Zentrale für Heimatdienst, für die Gesandtschaft in München, und andere überflüssige Ausgaben sind Mittel vorhanden, aber bei der Sozialversicherung werden gewaltige Abstriche gemacht. Dafür sind die Ausgaben für das Reichswehrministerium um über 40 Millionen erhöht worden.

Der Notetat wird dem Haushalts-Ausschuss überwiesen. Hierauf kommt der Nachtrags-Etat für 1929 zur zweiten Beratung.

Abg. Schultz-Bromberg (Dn): In diesem Nachtragsetat wird die Nachbewilligung grosser Mittel gefordert, die die Regierung ausgegeben hat zur Bekämpfung des Volksbegehrens. Die Verwendung der von Steuerzahlern aus allen politischen Lagern aufgebrachtten Mittel für solche Zwecke ist eine offensichtliche Verfas-

sungsverletzung. Wem sind diese Propaganda-Gelder denn zugeflossen? Die Zentrale für Heimatdienst soll doch ein unparteiisches, neutrales Institut sein. Ich mache besonders das Zentrum darauf aufmerksam, dass diese Methode Schule machen kann. Man darf nicht die von der Gesamtheit aufgebrachtten Gelder verwenden zum Kampf der Mehrheit gegen die Minderheit. Die Katholiken sind eine Minderheit in der Deutschen Bevölkerung. Was würde das Zentrum sagen, wenn ein neuer Severing die von der Gesamtheit aufgebrachtten Gelder zum Kampf gegen den Katholizismus verwenden würde? Staatliche Einrichtungen dürfen nicht zum Spielball politischer Parteien gemacht werden. (Beifall rechts, Lachen links).

Abg. Dr. Schreiber (Ztr): Würde einmal von einer Reichsstelle der Kampf gegen religiöse Institutionen geführt werden, so würde das Zentrum sich dem auf das energischste widersetzen. Abg. Schultz-Bromberg aber hätte das, was er heute verurteilt, schon vor einigen Jahrzehnten rügen sollen. Als das Zentrum ankämpfte gegen den Ostmarken-Fonds, gegen das Enteignungsgesetz, das uns heute noch international teuer zu stehen kommt, da hat uns Abg. Schultz mit seiner Partei nicht unterstützt. Der Etat des Auswärtigen Amts veranlasst uns zu der dringenden Mahnung, dass beim Auswärtigen Amt eine ganz gründliche Reform einsetzt nicht nur formalrechtlich, sondern auch in sozialer Beziehung. Das Auswärtige Amt muss verjüngt werden in einer Weise, die der Gesamtbevölkerung unseres Reiches entspricht. Das Reichswirtschaftsministerium ist federführend für Sparsamkeitsmassnahmen. Darum sollte es einschreiten dagegen, wenn der preussische Staat eine Hochschul-Statistik für das ganze Reich herausgibt, eine Aufgabe, die dem Reichsstatistischen Amt zusteht. Die Tätigkeit des Reichskommissars für die deutschen Flüchtlinge aus Russland verdient warme Anerkennung.

Reichsinnenminister Severing:

Der Anerkennung für den Reichskommissar schliesse ich mich an. Auf die Angriffe des Abg. Schultz-Bromberg habe ich zu erwidern, dass wir in der Tat 350.000 Mark aus dem Fonds zum Schutz der Republik verwandt haben zur Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über den Youngplan. Wir hätten eine grobe Pflichtverletzung begangen, wenn wir widerspruchslos die Agitation gegen die Politik der Reichsregierung hätten ins Land gehen lassen. Wir haben dabei weder die Deutschnationalen, noch die Nationalsozialisten genannt, denn das Volk wusste ja, wer hinter dem törichtesten Volksbegehren stand. Abg. Schultz-Bromberg stellt es so dar, als wäre eine solche Verteidigung der Regierungspolitik - der Beschluss ist ja vom ganzen Reichskabinet gefasst worden - im alten Regime nicht möglich gewesen. Ich brauche nur an die Rede zu erinnern, die Eugen Richter am 21. November 1872 im Preussischen Landtag gegen den sogenannten Reptilienfonds hielt, gegen Bismarcks System, Zeitungen mit Staatsgeldern aufzukaufen, damit sie seine Politik unterstützten. Aus den preussischen Akten könnte ich Ihnen (nach rechts) vorlesen, wofür der Welfenfonds verwandt worden ist. Bismarck hat aus Staatsmitteln grosse Summen verwandt zur Bekämpfung von Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrumsleuten. Aus Staatsmitteln wurden 1884 grosse Summen verwandt zu Wahlflugblättern gegen die regierungsfeindlichen Parteien. Im Jahre 1903 erbittet und erhält der Regierungspräsident von Potsdam vom preussischen Ministerium des Innern Mittel zur Verbreitung von Kalendern, mit denen eine Gegenwirkung gegen sozialdemokratische Schriften erreicht werden soll. Der an dieser Sache beteiligte Referent des Ministeriums war der jetzige deutschnationale Abg. Graf v. Westarp (hört! hört! links. - Abg. Schultz-Bromberg (Dn): "Sie vergessen, Herr Minister, dass die frühere Regierung im alten Staat eine überparteiliche war!" - Lautes Gelächter links und in der Mitte.). Im Vergleich zum alten Regime kann man dem neuen Regime höchstens vorwerfen, dass es zu wenig tut in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall)

Abg. Maslowski (Komm) protestiert gegen die Aufwendungen für die Technische Nothilfe und für die Heimatdienst-Zentrale. Die Unterstützung der deutschsprachigen Kulaken aus Russland sei eine Brückierung Sowjet-Russlands. Im Zusammenhang mit dem Papst-Aufruf und mit Besprechungen in einem Herrenklub im Berliner Adlonhotel stehe die Vorbereitung der kapitalistischen Offensive gegen die Sowjet-Union. Die Arbeiterschaft werde diese Offensive zuschanden machen.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnatl) meint, die historische Parallele des Ministers Severing gehe schon deshalb völlig fehl, weil die frühere Regierung nicht wie die jetzige eine aus Parteien zusammengesetzte parlamentarische war. Der Erfolg der Regierungsagitation sei von Minister Dr. Curtius selbst sehr ungünstig beurteilt worden. Dr. Curtius habe zugegeben, dass die Regierung in der Verteidigung des Youngplanes zu weit gegangen sei und damit ausserpolitischen Schaden angerichtet habe.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Chr.Nat.A.G.) Der Nachtrags-Etat erhöht alle diejenigen Positionen, von denen im ursprünglichen Etat Abstriche beschlossen waren. Er hebt also die Kontrollarbeit des Reichstags am Etat wieder auf. Die Regierungsagitation gegen das Volksbegehren hat die Grenzen einer Aufklärungstätigkeit weit überschritten und der inneren Befriedung nicht gedient. Die heutigen Ausführungen des Innenministers standen nicht auf der Höhe des Niveaus das man von einem deutschen Minister erwarten kann. Das Rundfunkwesen leidet an einer Überorganisation und wird leider so einseitig beeinflusst, dass sogar ein Zentrumsredner erklärte, unter den Darbietungen des Rundfunks leide die Kindesseele. Angesichts der jährlichen Einnahme von 100 Millionen brauchte den Minderbemittelten nicht mehr eine jährliche Gebühr von 24 Mark für die Rundfunkbenutzung abgenommen zu werden. Es verrät einen Mangel an Takt, wenn ausgerechnet zur Stunde einer Gedächtnisfeier am Volkstrauertag der Minister Severing seine auf einer sozialdemokratischen Kundgebung gehaltene Rede durch den Rundfunk übertragen liess. (Rufe b.d.Soz.: "Bei der Gedächtnisfeier war er ja auch!") Ist es richtig, dass am 1.Mai alle deutschen Sender $1\frac{1}{2}$ Stunden für die Übertragung einer Maifeier reservieren sollen?

Abg. Gottheiner (Dnatl) fordert einen stärkeren Einfluss des Reiches in der Verwaltung der Preussenkasse und bezeichnet die jetzt vorgesehene Regelung als unannehmbar für die Deutschnationalen.

Abg. Bernhard (Dem): Durch den Nachtragsetat ist nicht die Kontrollarbeit des sogenannten Streichquintetts aufgehoben worden. Es konnte nicht vorausgesehen werden, dass die Ausgaben für Kriegsbeschädigte und Invaliden den Voranschlag um 90 Millionen überschreiten würden. Der Abg. v. Freytagh-Loringhoven hat nicht erwähnt, dass der französische Ministerpräsident Tardieu sich für seine den deutschen Interessen so abträgliche Auslegung des Youngplans berufen hat auf den bekannten deutschen Völkerrechtslehrer Abg. v. Freytagh-Loringhoven. Ich konnte es verstehen, wenn im Kampf um den Youngplan der Abg. v. Freytagh-Loringhoven rücksichtslos seinen Standpunkt vertrat. Dafür aber habe ich kein Verständnis, wie er jetzt nach der Entscheidung noch in dieser Weise den französischen Standpunkt stützen kann. (Abg. Graf v. Westarp: "Er hat doch Tardieu zitiert!") Ja, mit unverhüllter Genugtuung (lauter Widerspruch rechts, Abg. Berndt (Dn) ruft: "Das ist eine jüdische Verdrehung!" Abg. Berndt wird wegen dieses Zurufs zur Ordnung gerufen). Wir Juden sind mindestens so gute Deutsche wie Herr v. Freytagh. (Abg. Göbbels (Nat.Soz.): "Was hat ein Jude hier zu suchen?") Nach Ihrem Aussehen, Herr Göbbels, sind Ihre Vorfahren noch nicht so lange in Deutschland wie meine. (Unruhe). (Abg. Göbbels (Nat.Soz.) der fortgesetzt dem Redner zuruft: "Jude!", wird vom Vizepräsidenten v. Kar-
dorff darauf aufmerksam gemacht, dass er bei weiteren Störungen aus dem Saale ausgewiesen werde. Abg. Strasser (Nat.Soz.) erhält wegen ähnlicher Zurufe zwei Ordnungsrufe).

Abg. Schreck-Baden (Komm.) erhebt Einspruch gegen eine Kürzung der Unterstützungsmittel für die Saargänger.

Abg. Kippenberger (Komm.) wendet sich gegen die Mehrforderungen für das Reichswehrministerium. In der Reichswehr werde noch immer mit dem Diktaturredanken gespielt. Die Bombenattentäter seien von Reichswehrrangestellten unterstützt worden. Unter den Reichswehroffizieren seien viele Verbindungsmänner mit den Nationalsozialisten. Die Kommunisten würden innerhalb der Reichswehr für die nötige Gegenwirkung sorgen.

Abg. Borrmann (Wirtschaftsp.) begründet eine Entschliessung, in der eine Umgestaltung der Preussenkasse mit verstärktem Einfluss des Reiches gefordert wird. Dabei müssten die Rechte der Genossenschaftskassen besser gewahrt werden. Für 36 Millionen Privatbeteiligung sei im letzten Jahre keine Dividende gezahlt worden. Die Zentralgenossenschaftskassen müssten das Recht haben, ihre Einlagen zu kündigen und zurückzuziehen, nachdem die ihnen gemachten Zusagen nicht erfüllt worden sind.

Abg. D. Schneider (Ztr.) fordert Pensionskassen für die Beamten der wissenschaftlichen Forschungsinstitute.

Damit schliesst die Aussprache. - In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dn.) den Verdacht zurück, dass er mit seinen Ausführungen den französischen Standpunkt stützen wollte.

In der Abstimmung werden unter Ablehnung von Aenderungsanträgen die Nachträge zum Haushalt des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums bewilligt. Angenommen wird ferner mit geringen Aenderungen der Nachtrag für das Ministerium der besetzten Gebiete.

Der demokratische Antrag auf Wiederherstellung der 400 000 Mark zur Auslandspropaganda für die Leipziger Messe wird im Hammelsprung mit 170 gegen 136 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wird auch ein deutschnationaler Antrag auf Unterstützung des Ausstellungs- und Messe-Amtes Berlin.

Nach Ablehnung weiterer Aenderungsanträge werden auch die Nachträge zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichswehrministeriums, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichstags, des Reichsfinanzministeriums, der Allgemeinen Finanzverwaltung, des Reichspostministeriums, ferner zum Haushalt der Reichsschuld und zum Haushalt für Versorgung und Ruheghälter angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Reichsbeteiligung an der Preussenkasse wird in allen drei Lesungen angenommen unter Ablehnung der Entschliessung der Wirtschaftspartei.

Um 7 $\frac{1}{4}$ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 4 Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 26. März (Eig. Ber.)

Der Landtag überwies am Mittwoch zunächst ohne Besprechung einen Gesetzentwurf über die Zuständigkeit des Kammergerichts für die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Gesetz zur Regelung älterer staatlicher Renten an den Rechtssausschuss.

Hierauf wird ein Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Bielefeld nach kurzer Aussprache, in der Abg. Schmidt-Bielefeld (Soz.) sich für die Vorlage einsetzt, an den Gemeindeausschuss überwiesen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Grundvermögenssteuer bis zum 31. März 1931 und die dritte Lesung des Entwurfs über die Verlängerung der Hauszinssteuer bis zu demselben Termin. Die Entwürfe passieren ohne Aussprache. Die Abstimmungen darüber finden am Freitag, den 28. März statt.

In dritter Lesung wird sodann der Gesetzentwurf über die Aenderung der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen (Fideikomnisse) ergangenen Gesetze und Verordnungen angenommen. (Ursprünglich war die Abstimmung darüber auf Freitag angesetzt. Die Sozialdemokraten beantragten jedoch sofortige Abstimmung, die ohne Widerspruch der Rechtsparteien erfolgte).

Dann wird die zweite Lesung des Haushalts der Justizverwaltung ohne den Abschnitt Strafvollzug fortgesetzt.

Justizminister Dr. Schmidt

betont einleitend, dass das Geschäftsjahr 1929 für seine Verwaltung in allen Zweigen ein Jahr stärkster Anspannung gewesen sei. So hätten die Mahnsachen eine Zunahme von fast 150 % und die Zivilprozesse einschliesslich der Arbeitsgerichtssachen eine Steigerung von 40 % erfahren. Der Zuschussbedarf der Justizverwaltung habe noch immer 233 Millionen betragen, aber dem Staatsministerium Anlass zur Prüfung gegeben, wie eine Verminderung der Ausgaben für die Rechtspflege eintreten könne. Die preussischen Vorschläge hätten dem Reichskabinett Anlass zu einer Gesetzesvorlage gegeben, die durch Heraufsetzung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und für Zivilsachen bei vermögensrechtlichen Angelegenheiten eine Verminderung des Personals und damit eine wesentliche Ersparnis bringe. Dabei sei allerdings der Vorschlag auf Herabsetzung der Gebühren der Armenanwälte nicht berücksichtigt. Inbezug auf die Lage der Anwaltschaft sei er dafür, dass das Arbeitsgebiet der Anwälte nicht weiter eingeschränkt wird und er begrüsse auch den Beschluss des Hamburger Anwaltstages, dass sich künftighin Anwälte auch als Fachanwälte niederlassen dürfen. Besonders liege seiner Verwaltung die Fortbildung der Rechtspflege am Herzen. Inbezug auf die Personalverhältnisse könne über Mangel an Nachwuchs nicht mehr geklagt werden. Dagegen sei der starke Zustrom zum Justizdienst sehr bedenklich. Im Wintersemester 1928/29 habe sich die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaft gegenüber 1907/08 von 7 000 auf 15 000 erhöht. Bei diesem Zustrom müsse die Verwaltung Wert darauf legen, nur tüchtige Kräfte heranzuziehen und die Auslese guter Kräfte durch Beförderungen fortzusetzen. Es sei leitender Grundsatz, jede Stelle mit dem geeigneten Mann zu besetzen. Dabei mache der Landtagsbeschluss von 1922 dem Ministerium zur Pflicht, leitende Stellen nur mit zuverlässigen Vertretern der republikanischen Verfassung zu besetzen. Kein geordnetes Staatswesen könne es zulassen, dass die leitenden Stellen im Staatsorganismus mit Beamten besetzt würden, die der bestehenden Staatsform feindlich oder auch nur innerlich fremd gegenüberstehen. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte). Dabei könne keine Rede davon sein, dass nur die Parteizugehörigkeit eines Richters bei der Besetzung hoher Stellen von Einfluss sei. Was die konfessionelle

Parität anlange, so habe er sich allerdings bemüht, altes Unrecht wieder gut zu machen, ohne dabei die Fehler früherer Zeit zu wiederholen.

Sein Ministerium sei auch bemüht, bei der Auswahl der Laienrichter aller Bevölkerungsschichten, insbesondere die Arbeiterschicht heranzuziehen. Mehr als bisher solle auch künftig von der Vorschrift des § 153 der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht werden, dass wegen geringfügiger Delikte keine Strafverfolgung eintreten soll. Es sei auch sein Bestreben, die Zahl der Anklagen wegen Verletzung der Eidespflicht zu vermindern und auf eine Einschränkung in der Abnahme von Eiden hinzuwirken. Mit allem Nachdruck habe er angeordnet, bei Straftaten gegen den Staat die Strafverfolgung zu beschleunigen. Er sei der Ueberzeugung, dass die Bemühungen der Justizverwaltung um die Förderung der Strafrechtspflege bereits Erfolg gehabt habe. Er begrüße deshalb, dass sich als Folge davon die Beziehungen zwischen Justiz und Presse unter Mitwirkung der Justizpressestellen in letzter Zeit erfreulich gebessert haben.

Abg. Brückner (Soz.):

Wir billigen den Geschäftsbericht und das Programm des Ministers, obwohl wir in dem letzteren manches vermissen, das Berücksichtigung verdient. Ich verweise dabei auf die Zustände bei dem Berliner Landgericht, auf die der Minister nicht eingegangen ist. Trotz der gewaltigen Zahl der Fälle, die heute von den 56 Kammern des Arbeitsgerichts erledigt werden, ist es bis jetzt nicht möglich gewesen, diese Behörde in Räumen unterzubringen, die den modernen und hygienischen Anforderungen entsprechen. Ich beschränke mich heute darauf, von den Urteilen des Arbeitsgerichts nur eines kritisch zu würdigen. Der Vorsitzende Dr. Simons hat u. a. den Anspruch einer Hausangestellten, die zwei Ohrfeigen bekommen hatte, mit der Begründung abgewiesen, dass Ohrfeigen nicht von so erheblicher Bedeutung sind, dass sie deshalb den Dienst hätte verlassen können. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ein Fall, der selbst in der letzten Zeit der alten Gesindeordnung nicht möglich war. Einen solchen Vorsitzenden sollte man schleunigst Gelegenheit zu anderer Beschäftigung geben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Mit der Neuordnung des Gerichtswesens, die wesentliche Ersparnis bringen soll, sind wir einverstanden. Den Plan, den Gemeinden einen Teil der Kosten der Armensachen aufzubürden, können wir in dieser Zeit der überhandnehmenden Belastung der Gemeinden nicht zustimmen. Wir sind dagegen, dass immer mehr reine Staatsaufgaben den überlasteten Gemeinden aufgebürdet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei der geringen Zahl der Rückfälle ist es uns unverständlich, dass die Rechte noch immer den Kampf gegen die Bewährungsfrist führt. Die Deutschnationalen haben es im Ausschuss auch fertig gebracht, den Antrag zu stellen, dass die Todesstrafe im bisherigen Umfange beibehalten werden soll. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie haben diesen Antrag zwar zurückgezogen, ihn aber durch einen anderen ersetzt, der die Todesstrafe nur beibehalten will. Dass dieser Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde, beweist, dass die Gegner der Todesstrafe immer mehr Anhänger gewinnen. Die Todesstrafe kann in einem modernen Staat nicht mehr die ultima ratio sein, sie wirkt nicht abschreckend; die Statistik beweist, dass gerade von den Mördern viele zum ersten Mal zum Verbrecher geworden sind. Es scheint uns unbegreiflich, wie man angesichts der vielen Fehlurteile, die wie die Fälle Jakubowski, Dujardin und von Dielingen nur in der letzten Zeit bekannt geworden sind, sich noch auf die Todesstrafe stützen kann. Diese Tatsachen sprechen nicht nur gegen die Todesstrafe an sich, sondern auch für eine Revision des Wiederaufnahmeverfahrens. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kommunisten sind zwar theoretisch auch für die Abschaffung der Todesstrafe, aber merkwürdigerweise nur für Deutschland. Die russischen Bluturteile billigen und verteidigen sie. Da kümmert es sie wenig, dass dort täglich 40 Hinrichtungen vollzogen werden und das russische Strafgesetzbuch für 60 verschiedene Fälle

die Todesstrafe vorsieht. Ein Staat, der sich nur auf das Henkerbeil stützt, kann nicht das Ideal eines Volksstaates sein. Dass die Kommunisten diesen Widerspruch in ihrer Haltung nicht lösen können, beweist am besten ihr betretenes Schweigen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn heute die Einstellung vieler Richter und viele Urteile immer wieder im Brennpunkt der öffentlichen Kritik stehen, so will diese immer wiederkehrende Kritik schliesslich nur Besserung erzielen. Es mag genügen, hier nur zwei Urteile gegenüber zu stellen: Der junge Graf Stolberg erhielt für seinen Vatermord wegen "fahrlässiger Tötung" nur 9 Monate Gefängnis; aber ein junger Arbeiter, der in der Notwehr seinen als Säufer bekannten Vater erschlug, als dieser seine Mutter bedrohte, bekam 12 Jahre Zuchthaus. Ich hoffe, dass dieser Hinweis für den Herrn Minister genügt, diesen jungen Arbeiter bei guter Führung zu begnadigen.

Erfreulicherweise soll die Strafverfolgung wegen geringfügiger Delikte eingeschränkt werden. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass bei Delikten um Beträge von 5 Mark bis herab zu 15 Pfennigen Strafverfolgungen eingeleitet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das gilt ganz besonders auch für die zunehmende Meineidsseuche. Niemand wird einen Meineid billiger. Aber wir begrüßen auch lebhaft die Absicht des Ministers hier einzugreifen und auf eine Einschränkung in der Abnahme von Eiden hinzuwirken.

Zum Schluss trägt der Redner noch mehrere Fälle vor, in denen Richter offen ihre staatsfeindliche Einstellung während des Prozesses und in der Urteilsbegründung zum Ausdruck bringen. Hier Wandel zu schaffen, müsse mit in erster Linie Aufgabe des Ministeriums sein. Erst dann werde es gelingen, das Recht, das nach einem Goethewort mit jedem Menschen geboren wird, zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird die Beratung unterbrochen, um die angesetzte Abstimmung über die Verlängerung der Gewerbesteuer bis zum 31. März 1931 in 2. Lesung vorzunehmen. Die Vorlage wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Danach werden auch die freien Berufe in die Gewerbesteuer einbezogen mit Ausnahme derjenigen, die der reinen Kunst und der reinen Wissenschaft gewidmet sind. Die Steuer wird nach dem Gewerbertrag und =kapital, bei den freien Berufen aber, für die eine Freigrenze von 6 000 Mark vorgesehen ist, nur nach dem reinen Ertrag bemessen. Der Antrag der Deutschnationalen und der Volkspartei auf Streichung der Freilassung der Konsumvereine wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Der deutsche nationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages wird im Hammelsprung mit 187 gegen 175 Stimmen dem Ausschuss überwiesen. - In der fortgesetzten Aussprache zum Justizhaushalt erklärt

Abg. Lüdike (Dtn.) dass der Richterstand in seiner Unparteilichkeit und Pflichttreue hohe Anerkennung verdiene; daran könne auch ein gelegentliches Fehlurteil nichts ändern. Deutschnationale Beamte würden bei Beförderungen zurückgesetzt. Die Anweisung des Ministers, rechtsstehende Zeitungen zu amtlichen Veröffentlichungen der Justizbehörde nicht mehr zu benutzen, sei unzulässig. Die vom Minister angekündigten Neuerungen seien gefährliche Experimente. Wie bei den Hochschulprofessoren müsse auch bei den Richtern die Altersgrenze von 65 auf 68 Jahren festgesetzt werden.

Abg. Rhiel-Fulda (Ztr.) erkennt die vorbildliche Arbeit des Justizministeriums an. Er bespricht organisatorische Fragen. Es sei erfreulich, dass man jetzt immer weniger von einer Vertrauenskrise der Justiz höre.

Abg. Obuch (Komm.) erklärt, dass Young-Plan und Republikschutzgesetz die Richtlinien bestimmen, nach denen sich die Justiz gegen die Arbeiterklasse auswirken werde. Die politische Strafjustiz richte sich nur gegen Kommunisten. Seine Fraktion fordere Amnestie für die hinter Kerkermauern sitzenden Proletarier.

Weiterberatung: Donnerstag 11 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 26. März (Eig. Ber.)

Der Landtag verabschiedete am Mittwoch in dritter Lesung und damit endgültig das Gesetz über die Auflösung der Fideikomnisse. Nach den Bestimmungen des Gesetzes muss nunmehr die Auflösung der Fideikomnisse bis 1938 vollzogen sein. Damit ist der zwingenden Vorschrift der Reichsverfassung, die noch bestehenden Familiengüter und Hausvermögen aufzulösen, für Preussen endlich Genüge geschehen.

In zweiter Lesung wurde dann die Verlängerung der Gewerbesteuer bis zum 31. März 1931 angenommen. Das Haus stimmte der Vorlage nach den Ausschussbeschlüssen zu. Damit sind nunmehr auch die freien Berufe in die Gewerbesteuer einbezogen. Eine Ausnahme machen allerdings diejenigen, die der reinen Kunst und der reinen Wissenschaft dienen. Für sie ist eine Freigrenze von 6 000 Mark vorgesehen. Die Rechtsparteien hatten wiederum einen Antrag eingebracht, die Freilassung der Konsumgenossenschaften von der Gewerbesteuer zu streichen. Der Antrag fiel in namentlicher Abstimmung. Im Hammelsprung wurde schliesslich auch der deutschnationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages an den Ausschuss zurückverwiesen.

In der fortgesetzten Aussprache über den Justizhaushalt nahm als erster Redner Justizminister Dr. Schmidt das Wort. Man kann diesem Minister, der dem Zentrum angehört, die Anerkennung nicht versagen, dass er mit Energie und Sachkunde bemüht ist, die Preussische Justiz zu reformieren. Dass er hierbei die grössten Widerstände zu überwinden hat, liegt bei der bekannten Einstellung eines grossen Teils der Richterschaft auf der Hand. Dieser Minister hat sich nicht nur - mutig genug für einen Zentrumsmann! - offen als Gegner der Todesstrafe bekannt, er will nicht allein die hohe Zahl jener Strafverfolgungen einschränken, die wegen geringfügiger Delikte eingeleitet werden, er kämpft nicht allein gegen die überhandnehmende Meineidsseuche durch eine Einschränkung der Abnahme von Eiden, er proklamiert auch und handelt nach dem selbstverständlichen Grundsatz, dass kein geordnetes Staatswesen es zulassen kann, dass die leitenden Stellen im Staatsorganismus mit Beamten besetzt sind, die der bestehenden Staatsform feindlich oder auch nur innerlich fremd gegenüber stehen.

Dass bei dieser "Aufräumarbeit" die Sozialdemokratie den Minister tatkräftig unterstützt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, dass die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Brückner an den jetzigen Zuständen der Preussischen Justiz scharfe Kritik üben liess. Bei allen Reformbestrebungen des Ministers liegt noch sehr vieles im Argen, sei es nun rein organisatorisch, wie in Berlin bei den Arbeits- und Landgerichten, sei es bei der Strafverfolgung ganz geringfügiger Delikte, bei denen es sich um Werte von 5 Mark bis herab zu 15 Pfennig handelt oder sei es in unzähligen Fällen die Strafverfolgung von sogenannten Meineiden. Aber darüber hinaus ist es vor allem die Verschiedenheit der Urteile, die der Öffentlichkeit das Recht geben, noch von einer Klassenjustiz zu sprechen. Wenn der junge Graf Stolberg wegen "fahrlässiger Tötung" zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wird und ein Arbeiter, der seinen als Trunkenbold bekannten Vater in der Notwehr und in dem Augenblick erschlägt, als dieser die Mutter aufs äusserste bedroht, 12 Jahre Zuchthaus aufgeknackt bekommt, so kann nur immer wieder kehrende Kritik solcher Zustände den Anstoss zur Besserung geben. Dasgleiche trifft auch zu gegenüber der offenen und versteckten staatsfeindlichen Einstellung vieler Richter.

Auch mit den Anhängern der Todesstrafe rechnete der sozialdemokratische Redner sehr gründlich ab. Abgesehen davon, dass schon rein menschlich gesehen in einem geordneten Staatswesen die Todesstrafe nicht die ultima ratio sein darf, die Tatsache, dass bei einem Fehlurteil die blutige Arbeit des Henkers irreparabel ist, sollte genügen, dieses barbarische, mittelalterliche Vergeltungsmittel

abzuschaffen. Die Kommunisten, die für Deutschland zwar die Todesstrafe abschaffen wollen, aber jede von den vierzig täglich in Russland vollzogenen Hinrichtungen nicht nur billigen, sondern auch noch als Klassenkampf verherrlichen, müssen bei diesen Ausführungen betreten schweigen.

Ein Kapitel für sich ist der Kuppeleiparagraph. Es kommt z.B. immer wieder vor, dass eine Mutter wegen Kupplei verurteilt wird, weil die Tochter mit ihrem Verlobten in der Wohnung unbeobachtet zusammen war. Auch hier muss endlich und gründlich Wandel geschaffen werden. Wollte man alle Mütter wegen desselben "Verbrechens" unter Anklage stellen, das Holz in den deutschen Wäldern würde nicht ausreichen, um daraus Anklagebänke zu zimmern. Auch die meisten Hotels müssten ihre gastlichen Pforten schliessen.

Abg. Lüdicke (Dtn.) verteidigte selbstverständlich das System der heutigen Justiz. Für ihn gibt es bei den Richtern ausnahmslos nur Unparteilichkeit und Pflichttreue, woran ein "gelegentliches" Fehlurteil nichts ändern könne. Abg. Rhiel-Fulda (Ztr.) stellte fest, dass die Wirksamkeit des Ministers es dahin gebracht habe, dass man heute immer weniger von einer Vertrauenskrise der Justiz hört. Der Kommunist Obuch beschwerte sich über die ungerechte Behandlung seiner Parteifreunde.

Weiterberatung Donnerstag.